

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgezeigten Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für  
 politische und gesellschaftliche Berichte  
 und Berichtigungen 20 Pfg. „Kleine  
 Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochentagen  
 bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 4. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Betrüger.

Gieb her die Lard', ich will mich jetzt maskieren!  
 Heine.

Es ist doch immer dasselbe Rezept, nach dem die „anständigen“ Presse sich räuspert und spuckt, sobald ihren ehrenwerten zahlungsfähigen Gönnern anfangt auf die unsauberen Finger geklopft wird. Als die „Leipziger Volkszeitung“ den Dued-Brief veröffentlichte, da hieß es in jener Presse, der Brief müsse unbedingt eine Fälschung sein, denn daß hohe preussische Beamte den angebotenen Schritt unternommen haben könnten, vermöge nur der zu glauben, der die strengen Traditionen des preussischen Beamtentums nicht kenne. Kaum hatte sich jedoch die Echtheit des Briefs bestätigt, als auch schon Schmoa geschwind sich neu maskierte. Nun war das, was geschah, moralisch eigentlich unansehnlich, beinahe selbstverständlich, — nur die Form, die Form gäbe allenfalls zu Bedenken Anlaß. Von niedrigster Gesinnung aber zeuge die Veröffentlichung eines solchen Briefs, da doch dieser nur gestohlen sein könne.

Nach gleichem Schema verfährt jetzt der „Hamburgische Korrespondent“, das mit einem ganz besonderen Aufwand selbstgefälliger Moralität redigierte Organ der Hamburger Reeder und Börsenspekulanten. Am Mittwochabend noch spöttelte es in der Charaktermaske biederer Respektabilität über die „neueste Kellame“, die der Abgeordnete Raab sich mit seinem „angeblichen Brief der See-Vereinsgenossenschaft“ leistete, und lobte den Hamburger Senator Dr. Dürsch, daß er gegenüber der „skrupellosen Agitation gegen die See-Vereinsgenossenschaft“ die Gelegenheit benützt habe, „für die Persönlichkeit und den Charakter unseres E. Ferd. Laeisz einzutreten.“ — für den hervorragenden Mann, der nichts um seiner Person, sondern alles um der Sache willen that, der er in unermüdlicher Pflichterfüllung alle seine Kräfte widmete.

Und heute? Nun jetzt publiziert der „Hamburg. Korrespondent“ im Auftrage seiner Hintermänner den „angeblichen Brief“ selbst und findet an ihm nur — einen Formfehler.

Inzwischen haben nämlich die Beteiligten herausgefunden, daß der vom Abgeordneten Raab im Reichstag erwähnte Brief sich nicht gut abhegen läßt und, geriebener als die Leiter des Reichsamts des Innern, kommen sie der drohenden Enthüllung zuvor, publizieren den Brief selbst und hüllen sich in die Loga strenger Ehrlichkeit, die vor der Öffentlichkeit nichts zu verbergen hat. Leider nur hält die Maske mit dem guten Willen nicht Schritt: die Absicht tritt allzu aufdringlich hervor, zumal das spezielle „Organ für Anstand und sittliches Empfinden“, das vor einigen Tagen die Redaktion des „Hamb. Korrespondenten“ an ihrem Leibe emblemiert hat, manchmal schlecht zu funktionieren scheint, denn nicht gegen die Fribolität des Briefschreibers richtet sich sein „sittliches Empfinden“, sondern gegen die Veröffentlichung des Bekennnisses der schönen Seele des Herrn Laeisz.

Obgleich erst am Mittwoch der „Hambg. Korrespondent“ über den vom Abgeordneten Raab erwähnten „angeblichen Brief“ gespöttelt hat, bringt er es doch fertig, bereits am Sonnabendabend seinen „Herr Raab und sein gestohlener Brief“ betitelten Leitartikel mit folgender unterstufen Einleitung zu beginnen:

Der Abg. Raab hat in der Reichstags-Sitzung vom 27. v. M. einen Brief des verstorbenen Herrn E. Ferd. Laeisz erwähnt, der sich in den Akten der See-Vereinsgenossenschaft finde und das Mißtrauen des Reichstags gegen die Tendenzen der Genossenschaft rechtfertige. Er hat hinzugefügt, wenn dieses Schreiben sich in den Akten nicht mehr finden sollte, sei er bereit, seine Mitteilungen darüber außerhalb des Reichstags zu wiederholen und so die Herren zu einer Klage zu zwingen, in deren Verlauf er durch Zeugenaussagen beweisen würde, daß das Schreiben sich tatsächlich unter den Akten befinden habe. Es ist überaus bezeichnend, wie Herr Raab sich in die Anschauungsweise der ehrlichen Leute hineingelebt hat, die ihm das gestohlene Gut, die veruntreuten Briefe zutragen. Der Gedanke, daß es auch ehrliche Leute geben könne, die nichts zu verheimlichen und zu verhehlen haben, scheint ihm in der sauberen Gesellschaft dieser Zuträger, aber die man hoffentlich eines Tages noch näheres erfahren wird, gar nicht gekommen zu sein. Das ist nicht zu verwundern, aber es ist sehr charakteristisch. In Wirklichkeit hat niemand auch nur einen Augenblick daran gedacht, den fraglichen Brief abzulegen und oder verschwinden zu lassen, und wie sind heute in der Lage, ihn unsern Lesern im Wortlaut mitzuteilen. Der Brief, dem eine alte von 68 Seiten über einen Unfall mit dem Dampfbockapparat und ein den Gehalt einer Unfallverhütungs-Vorschrift widerstrebendes Schreiben des Germanischen Lloyd beilagen, lautete folgendermaßen:

„Die alte Dampfbockapparate setze ich mit dem Gutachten des Germanischen Lloyd in Circulation zur gest. Kenntnisnahme und Aenderung. Aus dem Umstand, daß die Reedereien, die eine größere Zahl von Personen auf längeren Reisen befördern, die vorgeschlagenen Einrichtungen bereits haben, und daß solche bei Neuanlagen von jetzt ab immer vorgesehen werden dürften, gleicht der Germanische Lloyd den Schluß, daß es einer Bestimmung in den Unfallverhütungs-Vorschriften nicht bedarf. Dieser Folgerung kann ich nicht beistimmen. Die Unfallverhütungs-Vorschriften haben m. E. weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Dekoration dienen, um der Behörde und dem Publikum zu zeigen, wie vortrefflich die See-Vereinsgenossenschaft alles geregelt hat, für die Reeder

denkt und sorgt, ihnen die Mühe des eignen Nachdenkens abnimmt und sie in jeder Weise bevormundet. Von diesem Gesichtspunkte aus, meine ich, sollten wir jede auftauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungs-Vorschrift zu lösen trachten, je harmloser, desto besser. Mandus vult decipi.  
 Hamburg, 18. Februar 1898.

grz. Laeisz.“  
 Unter dem Brief befinden sich sechs weitere Unterschriften, die trotz seiner Ansicht, daß ehrliche Leute „nichts zu vertuschen und zu verhehlen haben“, der „Hamb. Korrespondent“ vorsichtigerweise nicht mittelt, da sie nach seiner Versicherung nicht von Mitverfassern, sondern von Adressaten des Briefes herrühren, die durch die Unterzeichnung nur ihre Zustimmung zu dessen sachlichen Vorschlag, selbstverständlich aber nicht zur Form des Briefes hätten ausdrücken wollen.

Was diese Form anbelangt, so kann man sie natürlich nicht verteidigen; wer mit den in Betracht kommenden Persönlichkeiten und Verhältnissen irgend vertraut ist, wird sie sich aber leicht erklären und nicht in die Gefahr kommen, Schlässe daraus zu ziehen, wie sie der in der Wahl seiner Kampfmittel sehr wenig skrupulöse agitatorische Eifer des Herrn Raab als erlaubt und notwendig ansieht. Um einigermassen billig und gerecht urteilen zu können, muß man vor allem die Thatsache im Auge behalten, daß die Unfallverhütungs-Vorschriften der See-Vereinsgenossenschaft, deren social-fürsorgende Wirkung ebenso anerkannt ist, wie ihre finanzielle Bedeutung für die Reeder, von A bis Z das persönlichste Werk des Herrn E. Ferd. Laeisz sind, daß er mit unermüdlichem Eifer an ihrem Ausbau gearbeitet und sich mit vielbewunderter Energie und Gründlichkeit in das kleinste technische Detail der zu lösenden Fragen verkannt hat.

Und mit föhlicher Raibetät fragt dann der „Hamburgische Korrespondent“, nachdem eben erst in dem publizierten Schreiben der Leiter der See-Vereinsgenossenschaft mit höhnischer Offenheit ausgesprochen hat, daß er die ganzen Unfallverhütungs-Vorschriften nur als dekorativen Aufputz zur Zurechtführung des Publikums betrachtet:

„Und das alles sollte E. Ferd. Laeisz lediglich zu dekorativen Zwecken gethan, er sollte mit die beste Kraft seines Lebens und zahllose kostbare Stunden einem Wert geweiht haben, das er gar nicht ernst meinte, er, dessen ganzes Wirken mit unvergleichlicher Klarheit des Willens auf unmittelbar praktische Ziele gerichtet war? Diese Annahme ist so sinnlos, daß sie einer Widerlegung gar nicht bedarf. Es bleibt vielmehr lediglich die Frage: wie kommt E. Ferd. Laeisz dazu, sich so ironisch über ein Werk zu äußern, an dem er selbst in allererster Linie beteiligt war? Aber auch darauf ist die Antwort nicht schwer zu finden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Begründer und erste Leiter der See-Vereinsgenossenschaft die Entwicklung des Unfallverhütungswesens mit einem Mißbehagen verfolgte, weil er darin die Uebertreibung eines an sich richtigen Gedankens erkannte. Ihm, dem durch und durch selbständigen, jeder bureaukratischen Bevormundung abgeneigten Mann mußte ein Zustand unsympathisch und bedenklich erscheinen, der die Reedereien mehr und mehr des eignen Denkens und Sorgens überhob und ihnen das eigene sittliche und rechtliche Verantwortlichkeitsgefühl abgewöhnte, um an dessen Stelle die allein seligmachende Reglementierung zu setzen.“

Sonderbare Logik! Eben erst erzählt der „Hamburgische Korrespondent“, daß alle Unfallverhütungs-Vorschriften der See-Vereinsgenossenschaft das „persönliche Werk“ des Herrn Laeisz gewesen seien, daß er der Vereinsgenossenschaft sozusagen Inhalt und Richtung gegeben habe, und nun hinterher vermutet er, daß „unser Laeisz“ diese von ihm selbst geleitete Entwicklung des Unfallverhütungswesens mit „einigem Mißbehagen“ verfolgt hätte, und daß er, weil er ein Feind der allein seligmachenden Reglementierung war, gerade in dem Brief für eine Reglementierung eintritt und sich für das Princip erklärt, „jede austauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungs-Vorschrift zu lösen“.

Es scheint wirklich, als wenn in seiner Erregung über die „Strupellosigkeit“ des Herrn Laeisz — pardon des Herrn Raab dem „Hamburger Korrespondent“ nicht nur sein gerühmtes „Organ für Anstand und sittliches Empfinden“, sondern mehr noch sein Organ für Deutlichkeit defekt geworden ist.

„Mandus vult decipi“ (Die Welt will betrogen sein)! Der Grundsatz ist nicht nur außerordentlich charakteristisch für den Briefschreiber, für „unsern Laeisz“; er charakterisiert treffend die ganzen Maßnahmen und Veröffentlichungen, mit denen seit Jahren der Reederklingel seine Fürsorge für die von ihm beschäftigten Arbeiter zu erweisen sucht. Erinnert sei nur an die gefälschten Lohnlisten zur Zeit des Hamburger Hafenarbeiterstreiks, in denen nicht nur die Löhne von Vizen, Stauern, Dinkerleuten für jene der Schauerleute ausgegeben, sondern auch ganz ungenügend den Löhnen der Dinkerarbeiter noch die ihrer Ersatzmänner hinzugerechnet wurden. Und auf Grund dieser Listen die Fierde des damaligen Ministeriums, Herr v. Bötticher im Reichstage, die Hamburger Schauerleute verdienten 2000 M. und darüber.

Später, als dann unter Vorsitz der Senatoren O'Swald, Herx und Holtzhusen in Hamburg eine Senatskommission zur Prüfung der Hafenerhältnisse eingesetzt wurde, stellte sich heraus, daß unter 24 529 Hafenarbeitern nur 183 mehr als 2000 M. verdient hatten (meist Vorarbeiter), dagegen 17 609 weniger als 1000 M. jährlich. Also noch nicht 1 Proz. hatte einen Lohn von 2000 M., wohl aber 69 Proz. einen Lohn

von unter 1000 M. Der Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie aber entschuldigte das Verhalten seiner Gesellschaft mit der seltsamen Ausrede, die veröffentlichten falschen Lohnlisten wären nur „irrtümlich“ als Lohnlisten der Kohlenarbeiter und Schauerleute bezeichnet worden.

Auch die Lügen der Reederpresse über die neuliche Werftarbeiter-Ausperrung und der fälschliche Bericht, den man von dieser dem Kaiser hinterbracht hat, liefern Beweise dafür, wie leicht das Reederturn sich, wenn es in seinem Interesse liegt, zu „irren“ geneigt ist.

Wie es scheint, soll auch jetzt wieder eine Täuschung versucht werden. Man will nachzuweisen suchen, daß die Profite der Reedereien eine stärkere Belastung zu Gunsten von Maßnahmen für die Seeleute nicht vertragen. Die Dividenden-Durchschnittsberechnung Posadowskys ist anscheinend nur erst das Vorspiel — allerdings so ziemlich das ungeschickteste, das erformt werden konnte. Ist doch jedem bekannt, der auch nur eisermachen mit der in Reedereien üblichen Buchungsmethode vertraut ist, daß nicht nur vielfach zur Verdeckung der hohen Einnahmen ganz ungerechtfertigte Abschreibungen vom Schiffscapital vorgenommen werden, so daß der sogenannte Buchwert der Schiffe tief unter ihrem effektiven Werth steht, sondern daß auch extra neue Spezialkonten geschaffen und reich dotiert werden, sowie daß ferner bedeutende Ausgaben für Neuanlagen (Schuppen, Lagerhäuser, Brücken etc.), die eine Wertsteigerung des Betriebs involvieren, einfach unter den laufenden Ausgaben mit verrecknet werden. Die Reeder verfahren also, wie ein Hauseigentümer, der seine hohe Miete-Einnahme darauf verwendet, das nächste Jahr ein Hintergebäude errichten zu lassen, und der dann behauptet, er habe seit zwei Jahren aus seinem Haus nicht den geringsten Nutzen gezogen.

Ein klares Bild der Geschäftslage der Reedereien läßt sich nur aus den vollständigsten Jahresabschlüssen entnehmen, und auch nur dann, wenn diese mit den Abschlüssen großer englischer und französischer Betriebe verglichen und die Abschreibungen und Bestände der verschiedenen Conten, sowie Alter und Wert des Schiffsmaterials mit in Betracht gezogen werden. Die famose Durchschnittsberechnung des Grafen Posadowsky ist absolut wertlos; wer sie auch nur halbwegs ernst nimmt, verdient unbedingt die Censur: Religion gut, Kopfrechnen schwach.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 3. Dezember.

#### Der Reichstag

wird in dieser Woche der Schauliag zweier parlamentarischer Aktionen der Centrumpartei. Die Anzuehdenheit unter den katholischen Massen über den Flotten-Bewilligungseifer und den skafsturs ihrer Politiker muß einen hohen Grad erreicht haben, wenn die Partei es für notwendig erachtet, gleich bei Beginn der neuen Reichstagsession mit vollständig schillernden Thaten vor ihre Publikum zu treten. Der Toleranz-Antrag der Ultramontanen, der am Mittwoch verhandelt werden soll, ist mehr fürs Gemüt, ihre Interpellation über die Kohlentenerung, deren Besprechung heute begonnen, aber noch nicht abgeschlossen wurde, soll den kleinen Wählern zeigen, daß auch ihre wirtschaftlichen Interessen vom Centrum am besten gefördert werden.

Herr Dr. Heim, der bayerische Centrumsführer, der heute die Interpellation begründete, machte anfangs den Mund weit auf. Er schalt auf das Kohlenyndikat, dem er die Schuld an der Zenerung beimaß, er schalt auf den preussischen Handelsminister, der der Kohlennot bisher mit verdrängten Armen zugehört habe, er verlangte ein Verbot des Kohlenexports und die Verbilligung der Einfuhr-Tarife, er forderte eine Steigerung der staatlichen Produktion und erinnerte an einen vergessenen Paragraphen des preussischen Verfassungsgesetzes, wonach es der Staat in der Hand hat, den Privatbesitzer zur Erweiterung seiner Produktion zu zwingen. Zum Schluß aber bejaunt er sich, daß all das, was er gegen das Kohlenyndikat vorgebracht hatte, mit viel größerem Recht noch auf das Brotwucher- Syndikat gehört, dem er selber angehört, und so beschloß er denn, daß er im Grunde seines Herzens gar kein Gegner der Syndikate sei und dem Kohlenyndikat auch nicht zu scharf auf den Leib habe rüden wollen. Er hatte diese Versicherung gar nicht nötig gehabt, denn der Gesamtindruck dieser Rede war doch: Hier soll wieder einmal der Pelz gewaschen werden, ohne ihn noch zu machen. Während die Centrumpresse mit dem Gedanken der Verstaatlichung des Bergbaus wenigstens gespielt und ihn zur Drohung gegen die Beschenbesitzer verwandt hatte, war in der Rede des Herrn Heim auch nicht eine Hindeutung darauf zu finden.

In der Beantwortung der Interpellation teilten sich der preussische Handelsminister und der Eisenbahnminister. Herr Dreier leitete seine Rede sofort stimmungsvoll durch den Hinweis ein, daß die Streiks im schäffischen und böhmischen Kohlenrevier den Ausfall in der Kohlenproduktion mit herbeigeführt hätten. Dazu sei eine erfreuliche Steigerung des Kohlenbedarfs in der Industrie getreten. Die inländischen Produzenten aber hätten alles gethan, um den gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden. Wenn man über die wucherliche Höhe der Kohlenpreise klagt, so treffe die Schuld den Zwischenhandel. Die Frage: was soll geschehen? beantwortete der Minister im allgemeinen damit, daß nichts zu geschehen habe. Die Steigerung der Produktion sei weiter zu erwarten, eine Beschränkung der Ausfuhr sei bedenklich und eine Aufhebung der Ausfuhrtarife für Kohle eine ganz unwirtschaftliche Maßregel. Auch Ausfuhrzölle könnten nichts helfen.

Das einzige, was sich thun lasse, sei eine Einschränkung des Kleinhandels, sei der Versuch, durch eine Organisation der Käufer den Zwischenhandel auszuhalten. In dieser Hinsicht hat sich auch die einzige positive Maßnahme der Regierung bewegt: ein bestimmter Betrag der Produktion in staatlichen Bergwerken soll reserviert werden. Auch denkt der Minister an eine Art Beschwerde-Institut, die diejenigen Großhändler, die zu unerschämter Verdiensten wollen, vom Geschäft ausschließt.

Herr v. Tilielen gab einige ganz geringfügige Ergänzungen zu den Ausführungen seines Kollegen und versicherte nur mit dem schönsten Verstand, der ihm eigen ist, daß die ganze Kohlenlammität in verhältnismäßig kurzer Zeit verschwinden werde.

In der Debatte sprach der Vertrauensmann des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels, der Bergwerksdirektor Hilbd, an erster Stelle. Er wurde seinen Vortragsgebern gerecht und verteidigte ihre Organisation. Daß Waren an das Ausland billiger als an das Inland abgegeben werden, stellte er als allgemein gültigen kaufmännischen Grundsatz hin. Die ganze Schuld an der Kohlennot tragen nach ihm der Zwischenhändler und mehr noch der Grubenarbeiter. Und nun schildert Herr Hilbd so entzückend, als seine trockne Geschäftsmannsnatur es ihm nur erlaubte, die Segnungen, die den Kohlenräubern in den letzten Jahren zu Teil geworden sind. Der ganze Gewinn, der kolossale Aufschlag in den Preisen ist hiernach von den Grubenarbeitern ausschließlich in höheren Löhnen ausgezahlt worden. Ja, die Pechen haben eigentlich ein schlechtes Geschäft gemacht, denn die Löhne der Bergarbeiter sind um 10 Proz. höher gestiegen als die Kohlenpreise. Von den herrlichen Arbeiterwohnungen der Grubenproletarier, von den prächtigen Einrichtungen, die zur Wahrung ihrer Gesundheit und ihrer Sicherheit von den Pechen getroffen sind, wußte Herr Hilbd so viel zu erzählen, daß es seinen eigenen Parteigenossen langweilig wurde, und sie in Scharen den Saal verließen.

Dem schwer angegriffenen Handel erstand in Herrn Eugen Richter ein Verteidiger. Natürlich benutzte der freisinnige Führer die Gelegenheit, um den Agrariern und Hochschulzöglingen, die hier in trauriger Eintracht gegen die einseitige Begünstigung einer bestimmten Produzentengruppe donnerten und Konsumenteninteressen vertraten, zuzurufen, er hoffe, sie würden sich nicht nur gegen die Steigerung der Kohlenpreise, sondern auch gegen jede Erhöhung der Lebensmittelpreise erklären.

Der letzte Redner war Graf Kanitz. Er machte den originellen Vorschlag, den Gewinn der Händler durch staatliche Maßnahmen auf eine bestimmte Höhe festzusetzen. Er war ehrlich genug, Herrn Hilbds Behauptung zu widersprechen, daß die Pechen den ganzen Gewinn in erhöhten Arbeiterlöhnen ausgeben hätten. Er erinnerte an die außerordentlich gestiegenen Dividenden, die einzelne Bergwerke verteilt haben. Der Kohlenmangel stört ihn weniger als die Leutenot, und die Leutenot schreibt er in erster Linie dem Wachstum der Kohlenindustrie zu. Aus diesem Grunde erklärte er sich für die Aufhebung der Exporttarife. Als er zum Schluß feierlich erklärte, daß das Allgemeinwohl stets hinter Sonderinteressen gestellt werden müsse, rief die Linke ironisch Bravo! und lautes Gelächter begleitete ihn, als er die Stufen der Tribüne herabsstieg.

Nach dieser Rede verlor die mäßig besetzte Haus die Debatte auf einen späteren Termin. Von unserer Seite wird Genosse Sachs sprechen. Am Dienstag fällt die Sitzung aus, weil die Budgetkommission den ganzen Tag für die Beratung des China-Staats haben soll. Am Mittwoch kommt der Toleranzantrag des Centrums zunächst an die Reihe.

### Höhere Zölle für die Reichskasse.

In der nationalliberalen Presse kann man lesen, daß jeden, der des Reiches Fortschreiten wolle, der Reichshandels-Etat für 1901 mit Befriedigung erfüllen müsse. In der nämlichen Nummer des nationalliberalen Blatts, das ein solches Loblied auf die günstige Finanzlage des Reiches anstimmt, lesen wir auch die Verhandlungen über die Interpellation des nationalliberalen Grafen Oriola, die ergeben, daß das große Deutsche Reich nicht einmal die kleine Summe Geldes beschaffen kann, die nötig ist, um seinen alten Kriegsveteranen einen bescheidenen Dankeslohn in ihrem Alter zu gewähren. Das spricht nicht für eine besonders günstige Finanzlage.

In der That, alle Einnahmen werden rüchloslos für militärische Zwecke verwendet; andre Ausgaben kommen diesen gegenüber kaum in Betracht und können nicht befriedigt werden, da die Ergiebigkeit der vorhandenen Einnahmequellen kaum, jedenfalls nicht mehr als zu lange hinreicht, die Kosten der Westpolitik und ihrer Mittel zu decken. Die Einnahmen aus den hauptsächlichsten Quellen fließen keineswegs reichlich. Es sind im Vorschlag eingestellt:

	in Millionen Mark	mehr gegen das Vorjahr
Zölle und Verbrauchssteuern	810,33	20,6
Reichs-Stempelabgaben	114,02	47,54
Post- und Telegraphenverwaltung	420,16	20,95
Reichsdruckerei	7,78	0,26
Eisenbahnverwaltung	93,68	7,50
Bankwesen	14,71	-0,14
Verschiedene Verwaltungseinnahmen	26,46	7,91
Aus dem Reichs-Invalidentfonds	29,33	-0,75
Aus der Veräußerung ehemaliger Festungsgrundstücke	0,89	0,18
Ueberschüsse aus früheren Jahren	82,61	1,88
Ausgleichsbeiträge	16,79	1,20
Matrifularbeiträge	570,98	43,27
Anherordentliche Deduktionsmittel	103,75	17,69

Die Einnahmen aus Matrifularbeiträgen kommen nicht in Betracht, da sie den Einzelstaaten in voller Höhe wieder überwiesen werden. Die Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung, aus der Reichsdruckerei und Eisenbahnverwaltung werden durch die Ausgaben in diesen Ressorts so stark in Anspruch genommen, daß die Ueberschüsse relativ unbedeutend sind; so bleiben als die Haupteinnahmequellen die Zölle und Verbrauchssteuern und die Reichs-Stempelabgaben: sie bilden die finanzielle Basis des Reichs.

Die Einnahme aus diesen beiden Posten ergibt nun allerdings im Vorschlag immerhin ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von rund 68 Millionen Mark, übrigens noch nicht einmal so viel wie das Mehr der Ausgaben für Heeres- und Marinezwecke beträgt. Diese Mehreinnahmen sind indes auf recht unsicheren Voraussetzungen aufgebaut. Die Stempelabgaben allein sind mit 47,54 Millionen Mehreinnahme angelegt. Man erhofft diese Millionen von der neuen Besteuerung der Börsengeschäfte. Nun ist zu erwägen, daß einmal dieser neuen Besteuerung der Börsengeschäfte sofort eine hemmende Wirkung auf die Umsätze an der Börse prophezeit worden ist. Dazu aber kommt, daß auch ohne dieses Moment das Börsengeschäft im nächsten Jahre unter dem Druck der schlechteren Geschäftslage erlahmen wird. Ob unter diesen Umständen die auf Grund der bisherigen Umsätze geschätzten Mehreinnahmen eintreten werden, ist noch sehr die Frage. Ebenso ungünstig wie bei den Stempelabgaben liegen die Aussichten für die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern. Nach vielen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs sind wir in eine Periode der geschäftlichen Flaue eingetreten, die keineswegs nur vorübergehender Natur ist, sondern der notwendige Rückschlag auf die gewaltige Steigerung der Produktivkräfte, für deren Erzeugung der

Markt zu wenig aufnahmefähig ist. Die ganze Mehreinnahme aus Zöllen und Verbrauchssteuern ist nur auf 20,6 Millionen Mark angegeben, für Zölle allein gar nur auf 5,76 Millionen. Die Mehreinnahmen rühren hauptsächlich von der Zudersteuer her, die mit 9,37 Mill. höher veranschlagt ist als im Vorjahre. Sind diese Mehreinnahmen nach dem Vorschlag für 1901 im Vergleich mit der Steigerung der fortlaufenden Ausgaben unbedeutend, so werden sie in den Jahren des Niedergangs noch weiter zurückgehen.

Wachsenden Ausgaben steht eine Stagnation der Einnahmequellen gegenüber. Dieser zunehmende Gegensatz in den Einnahmen und Ausgaben muß ausgeglichen werden. Da an eine grundsätzliche Änderung des Reichssteuer-Systems gegenwärtig nicht zu denken ist, so giebt es nur zwei Wege zu einem solchen Ausgleich. Entweder die Einzelstaaten werden in höherem Grade zu den Ausgaben des Reichs herangezogen, oder aber die vorhandenen Einnahmequellen müssen ergiebiger ausgestaltet werden. Den ersten Weg sträubt sich der Bundesrat zu betreten, um so näher liegt ihm dagegen der zweite: eine Erhöhung der Einnahmen aus den Zöllen anzustreben. Das finanzpolitische Interesse, das die Reichsregierung an höheren Zolleinnahmen hat, ist um so stärker, je schneller die Ausgaben für Heeres- und Marinezwecke im Anwachsen begriffen sind. Die Annahme des Flottengesetzes, die Chinawaren erfordern Kredite in einem Umfang, die auch die fortwährenden Ausgaben rapide in die Höhe treiben. Als einzige Rettung in der finanzpolitischen Not winken höhere Einnahmen aus Zöllen. Das finanzpolitische Interesse der Reichsregierung trifft also mit den Bestrebungen der Hochschulzöglinge zusammen und macht eine Aera handelspolitischer Reaktion um so wahrscheinlicher.

### Er kommt nicht!

Krüger hat sich in Köln anders besonnen, er wird nicht nach Berlin kommen, sondern sich vermutlich von Köln aus direkt nach Holland begeben. Nur schweren Herzens wird sich Krüger zu dieser Aenderung seines Reiseprojekts entschlossen haben, aber vom auswärtigen Amt war ihm zu deutlich abgesehen worden. Von den aus Luxemburg in Köln eingetroffenen Gesandten v. Thiersch und Wogendorff war ihm erklärt worden, daß der Kaiser zu seinem Bedauern nach seinen bereits getroffenen Dispositionen jetzt nicht in der Lage sei, ihn empfangen zu können. Damit war Krüger an der Thür bereits schließend aus dem Hause herauskomplimentiert. Was hätte er auch in Berlin noch thun sollen? Vielleicht wäre es ihm noch gegliedert, Herrn Bernhard v. Bilow zu einigen unverbindlichen Verbindlichkeiten zu nötigen, aber auf diesen Erfolg konnte Krüger als ernsthafter Mann billig Verzicht leisten. Und das Vergnügen, angehört zu werden, hatte Krüger ja in Frankreich bis zur Reize durchkosten können. Aufrichtig Trauernde suchen aufbringlichen Beleidigungen am liebsten auszuweichen.

In unfrem Sonntagvorläufer haben wir den Umschlag der thätigen Stimmung zur frostigen diplomatischen Jungknospheit, der sich in unfrem Regierungskreis seit 1896 vollzogen hat, zu würdigen versucht. So drastisch die historischen Dokumente auch wirken; der Umschlag der Stimmung der Presse erregt förmlich physische Uebelkeit. Die allseitigen Schreier, die 1896 der Regierung ihre Gratulation zu dem „festen Eingreifen“ zum „Schuh des verwehrtigten Traudbaal“ aufdrängen, sind jetzt trotz ihrer Vorendgeisterung und ihres wütenden Englandhasses derart von der Allweisheit der Regierung überzeugt, daß sie ihr nicht das geringste Anliegen zu unterbreiten wagen. So schreibt Dr. Friedrich Lange in seiner „Deutschen Zeitung“ in unübertrefflicher Entschlossenheit:

„Die Haltung unfrer offiziellen Kreise kann aber von vornherein und dauernd außer Betracht bleiben, wenn wir niemand gestatten, aus unfrem Ausdehnung ein Anliegen an unfre Regierenden zu machen, — es sei denn, daß unfre verantwortliche Regierung selbst es für Deutschland nützlich fände, aus der Wärme der Ausdehnung politische Folgerungen zu ziehen.“

Die Berliner Reueften Nachrichten erklären, daß von einem Eingreifen Deutschlands zu Gunsten Traudbaals keine Rede sein könne, trotzdem die deutschen Interessen in Südafrika heute nicht nur die nämlichen seien, die 1895 eine so starke amtliche Betonung gefunden hätten, sondern eher noch größer. Krüger sei ein warmer Empfang zu gönnen. Viel Trost könne ihm dieser Empfang freilich nicht bieten.

Uns widerspricht es, ihm in dem Augenblick, da er, mit schweren Sorgen beladen, Hilfe suchend unter uns weilt, mit der in Paris an ihn gerichteten banalen Phrase entgegenzutreten, er möge Trost finden in den Versicherungen warmer Sympathie, deren Zeuge er sei. Wir möchten ihn vielmehr an das Dichterwort erinnern, daß sich jede Schuld auf Erden rächt. Sein festes Vertrauen zur Vorführung wird ihn in der Zukunft bestärken, daß derselbe mit der Vergeltung der an seinem Volke begangenen Schuld die Wendung in dem Schicksal seines Volks kommen werde.

Die „befreundete Nation“ weist also die verwehrtigten Blutverwandten an den lieben Gott, der ja, wie Herr v. Gohler meint, noch nach 1500 Jahren die Sünden der Ahnen an den Ur-Krenteln beimsucht.

Auch die „Münchener Allgemeine Zeitung“ warnt den Gast vor „krügerischen Erwartungen“. Immerhin versteht das Blatt nicht, warum die leitenden Kreise Deutschlands Krüger nicht dieselbe Ehre erweisen könnten, die dem Verbarnen im Elise zu teil geworden seien. Kamenlich die deutsche Diplomatie lege sich damit nicht den geringsten Mißverständnissen aus. Das stimmt in der That, auch andre Leute als die Redactoren des Münchener Blatts werden sich über die ungewöhnliche Feinsichtigkeit wundern, die unfre leitenden Kreise plötzlich betunden. Für seines Vorgängers Handlungen pflegt sich Herr v. Bilow doch sonst nicht verantwortlich zu fühlen. Begreiflicher ist es schon, daß andre Personen die Erinnerung an Geschehenes nicht aufgeschwatzen sehen mögen.

Am grotesksten ist die Haltung der „Köln. Zig.“. Während sie 1896 erklärte, daß die Kaiserworte nur der Ausdruck der zum Handeln entschlossenen Volkstimmung seien, daß die kaiserliche Kundgebung als das noch fehlende Glied einer Kette von Handlungen bezeichnete, die bewiesen, wie ernst es Deutschland nicht nur mit Worten, sondern auch mit Thaten meine, erklärt jetzt ganz brüsk:

„Deutschland kann und wird heutzutage nicht mehr Landeshochdienste in fremdem Interesse leisten; thäte es das, so würde es alsbald in die Rolle des Allerweltspügelknaben zurückfallen. Das ist so klar und deutlich und so oft als Meinung und Wille der Regierung und der aufgeklärten Schichten des Volks in Deutschland hervorgekehrt worden, daß die Kunde davon selbst bis nach Südafrika gedrungen sein muß.“

Nur die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ findet wieder einmal in dem lichten Moment einer oppositionellen Anwendung das richtige Wort:

„Es ist ein unerkennliches Schauspiel zu sehen, wie durch Zeitungsaufsätze die ihren Ursprung unverkennbar in der Berliner Wilhelmstraße haben, dahin gewirkt wird, daß die Sympathiekundgebungen für den Präsidenten Krüger möglichst lau und merklos ausfallen. Wenn es nach dem Sinne der Offiziösen ginge, dann mühte Präsident Krüger in Deutschland überall mit einem nassen und einem heiteren Auge empfangen werden, dann mühte der Empfang etwa auf den Grundton gestimmt sein: „Armer alter Mann, du kufst uns leid, das Schicksal hat dich hart getroffen, wir freuen uns, daß du gesund bist, aber mach nur schnell, daß du wieder weiter kommst, sonst nehmen unfre Weibern überm Kanal es übel.“

Natürlich hat uns die Tageskomödie des Krüger-Nichtempfangs wieder zu moralischen Erörterungen im Ausland verholten. So wird uns Paris gemeldet:

Die ganze Presse bepricht Kaiser Wilhelms Drohung an Krüger mit einer Heftigkeit, die selbst Andeutungen über Form und Inhalt der betreffenden Aufsätze bedenklich macht.

### Deutsches Reich.

**Zu dem Zusammenbruch der Epithologischen Banken** (Preussische Hypotheken-Aktienbank, Deutsche Grundschuld-Bank usw.) wird uns als verbürgt gemeldet, daß der Direktor Buchmüller vor einigen Jahren ein sehr großes Terrain in Charlottenburg für 700 M. pro Quadratmeter gekauft hat.

Dieses Terrain ist in Besitz der Aktiengesellschaft übergegangen. Es wird Sache der Untersuchung sein, festzustellen, zu welchem Preise Direktor Buchmüller das Terrain seiner Gesellschaft aufgelassen hat.

Thatsache ist, daß die beiden Direktoren Sanden und Buchmüller während ihrer Amtsführung große Reichtümer — man spricht von Millionen — erworben haben, während die ihrer Leitung unterstehende Aktiengesellschaft nach Ausweis der Bilanzen mit Verlust gearbeitet hat.

**Unser Staatsgerichtshof-Antrag**, der die bisher papierene Verantwortlichkeit des Reichsanzlegers ernsthaft durchzuführen will, versteht die „Kreuz-Zeitung“ in einen Anfall wahrhafter Zornst. Sie willt also:

„In noch ungleich höherem Maße gilt das noch von dem Antrage der Socialdemokratie, der in seiner plump herausfordernden Fassung, bei Licht besehen, geradezu beleidigend ist. Wofür hält man denn die Vertretung der deutschen Nation und die Regierung, daß man ihnen die Errichtung eines förmlichen Revolutionstribunals vorzuschlagen wagt? Der „Vorwärts“ freilich stellt sich so kindlich naiv, daß er behauptet, unfre liberalen Verfassungen enthielten eigentlich schon alles, was der socialdemokratische Antrag verlangt. Nur deshalb aber darf er sich das unterfangen, weil er den Bildungsgrad seiner Leser, denen man allerdings das Ungehörigste zumuten kann, richtig schätzt. Ob er sich vor der „realistischen Masse“ mit solchen Albernheiten bloß stellt, kümmert das Blatt bei seinem ausgeprägten Egoismus nicht. Ihm kommt es nur darauf an, unter den „Genossen“ Stimmung zu machen, und da glaubt er wohl wunder wie maßvoll zu sein, wenn er sich auf den Inhalt bürgerlicher liberaler Verfassungen noch bezieht, statt sich ausdrücklich zu den „Idealen“ der französischen Schreckenszeit zu bekennen, und aus dem Oberhaupt des Deutschen Reichs schlechthin einen „Mr. Veto“ zu machen. Neben dem „Balkenfahrtsausflug“ hat allezeit das Fallbeil gefunden und wird es immer stehen. Der Fortschritt menschlicher Verbesserung ist bei revolutionären Parteien nichts als eine lächerliche Frage, die dem Reduzenbaupt blutdürstiger Leidenschaft unter allen Umständen weicht. Wir brauchen bei dem Gegenstande nicht länger zu verweilen — so aberwichtig ist die deutsche Nationalvertretung nicht, daß sie den socialdemokratischen „Staatsgerichtshof“ unter einem andern Gesichtspunkte anzusehen vermag, als dem einer Hege, die nur deshalb nicht völlig „hervorbrannt“ erscheint, weil die Massen, an die sie sich wendet, vom Standpunkt politischer Urteilsfähigkeit jammervoll hilflos erscheinen.“

Bermittelst unfres „ausgeprägten Egoismus“ sind wir lebhaft erheitert durch den Butandruck des Junkerblatts, das den Rechtspruch eines Staatsgerichtshofs ebenso fürchtet, wie es sich für den Rechtsbruch des Staatsrechts begeistert. Wir erwarten aber, daß die konservative Partei nunmehr schleunigst eine vollständige und grundsätzliche Reform des gesamten Volkswahlwesens sowie die Möglichkeit umfassender politischer Diskussion in Vereinen und Versammlungen veranlassen wird, auf daß die jammervolle Hilflosigkeit und Urteilsunfähigkeit der Massen, der wir die Erfolge unfrer „Hege“ verdanken, endlich beseitigt werde und die irregeleiteten Massen sich zu jener Staatsform bekehren, in der die Regierung nach der Pfeife des Junkertums tanzen muß.

**Wie man Kaiserreden mißversteht und ausfüllt!** Die Herren Graf Bilow und v. Gohler haben im Reichstag mit nicht sehr großem Geschick sich an der verzweifelten Aufgabe versucht, die „mißverständlichen“ Kaiserreden richtig zu erläutern. Wie man so etwas leicht und sicher macht, das können die Herren von der „Münchener Abfahrtszeitung“ lernen, in der folgendes zu lesen ist:

„Ein angebliches Kaiserwort. Zu unfrem Artikel in Nr. 41 schreibt uns ein Freund unfres Blatts: Betreffend den bewußten verhängnisvollen Auspruch des Kaisers über das Abdfahren der Damen ist es meinen Bemühungen nun endlich gelungen, herauszubekommen, daß nur ein Mißverständnis vorliegt. Wie es ja eigentlich auch gar nicht anders sein kann, hat Se. Majestät so ziemlich gerade das Gegenteil gesagt und besteht nur noch die Frage, ob sich die Damen verführt haben oder ob der falschen Wiedergabe — (denkbar wäre das auch!) — eine tendenziöse Abficht zu Grunde gelegen hat. — Der Kaiser hat nicht gesagt: „Ich bitte Sie, meine Damen, steigen Sie nicht auf Rad!“, sondern: „Ich bitte Sie, meine Damen, steigen Sie nicht auf Rad!“. Se. Majestät hat damit aber wohl dem Dummheis Ausdruck geben wollen, die schmutzen, schneidigen Ehrenjungfrauen gleichfalls auf dem Rade herumzuwimmeln zu können.“ Also eine Frage und eine Aufforderung statt einer Abmahnung.

Wir glauben, daß es dem Grafen Bilow durch eine Veränderung der Betonung und den Gebrauch von Fragezeichen mit größerem Erfolg gelingen wird, Mißverständnisse zu beseitigen. Fragen klingen ja viel milder als Ausriese.

**Hall Endell.** Der stellvertretende Vorsitzende der Posener Landwirtschaftskammer, Kammerherr v. Born-Hallos, veröffentlicht zum Hall Endell nachstehende Erklärung:

„Die Rechnungen und die Kasse der Landwirtschaftskammer wurden seitens der zuständigen Kommission geprüft, revidiert und in Ordnung befunden. Vorschüsse auf seine Kompetenzen, die sich der Vorsitzende aus der Kasse zahlen ließ, wurden sofort gedeckt und das Conto des Vorsitzenden ausgeglichen, als Zweifel entstanden, ob das eingeschlagene Verfahren der Kassenordnung entspräche.“

Das ist die Bestätigung der von uns veröffentlichten kleinen Hammerkassendiade. Herr Endell ist mittlerweile genötigt worden, vom Vorsitz der Posener Landwirtschaftskammer zurückzutreten.

### 1884 — 1900.

Am 1. Juni 1884 wurde Otm Krüger nebst dem Kriegsminister General R. J. Smit und dem Minister der Zeit von Wilhelm I. in feierlicher Audienz im Beisein des Fürsten Bismarck empfangen. Krüger hielt hierbei folgende Ansprache:

„Majestät! Es ist mir eine Ehre und eine wahre Freude, von Eu. Majestät in so freundschaftlicher Weise empfangen worden zu sein. Dies um so mehr, als ein großer Teil der Bevölkerung der südafrikanischen Republik und von ganz Südafrika deutschen Ursprungs ist. Ich selbst bin stolz darauf, einem germanischen Volkstande bin, Eu. Majestät in der Sprache meiner eigenen Vorfahren anzureden. Es ist meine Hoffnung und mein Wunsch, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und ganz Südafrika stets ein freundschaftliches bleiben möge und daß die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zunehmen mögen zur Förderung der beiderseitigen Wohlfahrt, und es soll mir eine wahre Freude sein, wenn mein und der anderen Vertreter der südafrikanischen Republik gegenwärtiger Besuch dazu beitragen vermöchte.“

Die Antwort Wilhelms I. lautete: „Ich freue mich sehr, in Ihnen, Herr Präsident, den Vertreter eines durch alte Stammesgenossenschaft mit Deutsch-

Land verbundenen Gemeinwesen zu begründen. Ich habe an dem Aufblühen und Gedeihen Ihres Staates von jeder lebhaften Anteil genommen und freue mich um so mehr, daß die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zur Transvaal-Republic nunmehr auch einen vertragmäßigen Ausdruck finden sollen. Ich bin überzeugt, daß der wachsende Verkehr zwischen Deutschland und Transvaal dazu beitragen wird, die Gefühle der Freundschaft und Sympathie, welche zwischen beiden blutsverwandten Bevölkerungen bestehen, zu steigern, und werde meinerseits dieses Ziel nur fördern helfen." —

**Abg. Frhr. v. Hehl zu Herrndheim** ist aus der national-liberalen Fraktion ausgeschieden, und zwar, wie man sagt, aus verletzter Eitelkeit, weil die Fraktion vor ihm den Abg. Hilde in der Kohlenfrage zu Worte gelassen hatte.

**Krüger in Köln.** Man schreibt uns aus Köln: Präsident Krüger kam am Sonnabend, kurz vor Mitternacht, mit dem Nord-Expreszug von Paris an. Wie sehr die vergeblichen Werten die Sympathie des Volks genießen, beweist wieder der Empfang, den die Kölner Einwohnerschaft dem Präsidenten Krüger in der Nacht zum Sonntag bereitet hat. Eine solche begeisterte und unübersehbare Masse hat Köln noch nie gesehen, wie sie den zwischen dem Bahnhof und dem Hotel liegenden Raum füllte. So hat die rheinische Hauptstadt noch keinen Kaiser begrüßt. Ein Empfang durch die Behörden hat nicht stattgefunden, und auch die Kreise, auf die sich die „Kölnische Zeitung“ stützt, haben Herrn Krüger unbeachtet gelassen, die nämlich die Kreise, die vor mehreren Jahren den chinesischen Vizekönig Li-Hung-Schang bei seinem Kölner Besuch fast in den Himmel hoben und ihn als den „Bismarck des Ostens“ feierten, was bei diesen Leuten etwas heißen will. Der schlagartige Wechsel allerdings reiche Vorstellungen zu vergebem, ohne Paul aber kommt wie ein Fährtenling, der seinen Gewinn in Aussicht zu stellen vermag. Wie gesagt, die Begeisterung, die sich in Köln für den Voeren voll und seinen Präsidenten in Kundgebungen äußerte, war unbeschreiblich, und erst nach 2 Uhr nachts zog die Masse zum Teil in geschlossenem Zuge ab, ein improvisiertes Lied auf die Voeren singend, um bald nachher durch die Polizei auseinandergetrieben zu werden. Auch am Sonntag war das Hotel bis in die Nacht von einer tausendköpfigen Menschenmenge umlagert, die immer wieder in Hochrufe ausbrach und „patriotische“ Gesänge anstimmte. —

**Von einer Niederlage des Hortschen Corps** liefen in der englischen Presse bemühlich allerlei Gerüchte um. In einer unzugänglichen Mitteilung wird nun behauptet, daß diese Gerüchte eines tatsächlichen Kerns nicht entbehren, daß die Expedition tatsächlich gescheitert sei und daß der Tod ihres Führers mit dem Weggang seiner Aufgabe in unerschütterlichem Zusammenhang stehe. Wir geben dieser Mitteilung, die wir als unkontrollierbar mit allem Vorbehalt wiedergeben, deshalb Raum, um eine offizielle Erklärung zu veranlassen. —

**Neue Manufaktur.** München, den 28. November. (Fig. Ver.) Trotz der erst vor kurzem erfolgten Erklärung des katholischen Arbeiterführers und Landtags-Abgeordneten Schirmer, die 12000 Markt-Affäre bedeute auch nach Ansicht der Angehörigen der christlichen Organisationen eine „flagrante Verletzung des Berechtigtheitsrechts der Arbeiter“ und sei nur geeignet, die letzteren der Socialdemokratie zuzuführen (siehe Nr. 208 des „Vorwärts“), nimmt die „Neue Bayer. Zig.“ eine höchst bezeichnende Stellung zu der Reichstags-Debatte über die Triangelgeschäfte ein. Sie begrüßt es freudig, daß es nicht gelungen sei, „den Grafen Posadowsky, den warmen Freund der Landwirtschaft, der die Vorbereitung der Handelsverträge in der Hand hat und dabei die Bedürfnisse der Landwirtschaft berücksichtigen will“, zu stürzen. Der Würdige Brief habe keine politische Bedeutung. Am Schluß eines dreipoligen Artikels wird dann noch dem Grafen Bülow das sarkastische Kompliment gemacht, er habe sich „wieder auf der vollen Höhe der Situation gezeigt“.

Wenn sich das führende bairische Centrumsorgan in solcher Art in einem so auffälligen Widerspruch zu der Meinung der katholischen Arbeiterschaft setzt, so hat das seinen triftigen Grund. Gewisse Leute im Centrum trauen der Zuverlässigkeit der christlichen Arbeiterorganisationen nicht mehr über den Weg. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Forderungen, die sie erheben, verlangen die Arbeiter in politischen Dingen einen Einfluß, der den Unternehmern in der Partei, die ebenso wie die Liberalen „Herr im Hause“ sein wollen, nicht in den Kram paßt. Dazu kommt noch, daß die christlichen Gewerkschaften ein Fachblatt nach dem andern gründen und dabei das am schmerzlichsten Abonnementmangel kranke Parteiorgan links liegen lassen. Wenn gewisse ultramontane Häuptlinge des Abends in ihrem gewohnten Bräuhäuschen sich das nötige Quantum Flüssigkeit zugeführt haben, verlegen sie sich sogar zu der lächerlichen Behauptung, die katholischen Arbeiter seien heimliche Abonementen der socialdemokratischen Presse. Diese Vierbankpolitiker sind nun nach zuverlässigen Mitteilungen ersichtlich am Werke, den Einfluß der Arbeiterorganisationen in der Partei gänzlich zu untergraben. Und zu diesem Zweck betreibt man gegenwärtig die Gründung eines bairischen „christlichen Bürgerbunds“, der in Gemeinschaft mit dem christlichen Bauernbunde die Forderungen der christlichen Arbeiterschaft energisch bekämpfen soll. Die „Neue Bayerische“ wittert in dieser neuen Gründung die so sehr ersehnten Abonementen und Inseratenanfrage und mauert sich eben ein wenig nach rechts. Und das wird ihr erleichtert durch den famosen Bierkrieg Liebers im Reichstage.

Aber noch ein anderer Wolf hat sich in den Schaffal der katholischen „Großen“-mandl-Vereine eingeschlichen: Der Antisemitismus. Sein Einfluß auf die biederen Bierphilister muß schon ein ganz beachtlicher geworden sein, derart bedrückend, daß man sich zu einer energischen That gegen ihn aufraffen will. Nur weiß man noch nicht recht, worin diese „That“ bestehen soll. Der Vorschlag eines durch seine „praktische Bürgergestalt“ und seine Anlage für unfehlbare Romul bekannten Landtags-Abgeordneten, man solle in allen katholischen Vereinen eine Warnungstafel gegen Weng aufhängen, wurde dieser Tage in einer Ausschussung des Wahlvereins der Centrapartei nach eingehender Beratung als undurchführbar abgelehnt. Auch der Versuch, den Herrn aus den fünf katholischen Männervereinen und Klubs, denen er als Mitglied angehört, auszuschließen, war erfolglos und lustig trieb er seine Agitation weiter. Jetzt denkt man, wie gesagt, über eine neue That nach und jammert über die schweren Zeiten, so den bairischen Patrioten beschert wurden. —

**Denkschriften-Weisheit.** Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Neuerdings hat man im Reichsamt des Innern wieder einmal das Bedürfnis gefühlt, eine schwächlich begründete Vorlage auf dem schwierigen Wege durch das Reichsparlament mit dem Mittelzeug einer jener famosen „Denkschriften“ anzustellen. An Stelle der amtlichen Socialpolitiker sind dabei zur Abwechslung einmal die offiziellen Historiker an der Arbeit gewesen, um der leider gar so nächsten denkenden Volkvertretung den Willkommensaufwand für des Kaisers neue Weisung im Elb, die Ruine Hohkönigsburg etwas handgreiflicher zu machen. Man appelliert dabei an das nationalhistorische Empfinden der deutschen Steuerzahler, indem man auf die „vielfachen Erinnerungen an die deutsche Kaiserzeit“ hinweist, die sich in der Geschichte des deutschen Volks angelehnt an jene Burg insäßen, und verweist sich bis zu der lächerlichen Behauptung, die Hohenstaufen leiteten ihren Namen von dem Besitze der Hohkönigsburg ab, die damals Stuphin, Stuphing in gehenken habe. Dielem etwas allzu dienstfertigen Versuche der hofischen Geschichtsklitterer sind einige in etwas freierer Luft atmende Geschichtsforscher entgegengetreten. Sie weisen nach, daß die behauptete Herkunft der Hohenstaufen von der nunmehr kaiserlichen Hohkönigsburg ins Reich der historischen Fabeln gehöre und der Arbeit eines Dilettanten entnommen sei, der vor etwa zehn Jahren erschienenen Brochüre „Le Chateau de Hohkönigsburg“ von Georg Erb, die

wegen ihrer totalen Wertlosigkeit in den Kreisen der Historiker völlig unbeachtet geblieben ist. Der Name „Stuphing“ habe sich überhaupt niemals auf die Hohkönigsburg bezogen, und die Bezeichnung „Stuphia“ komme für die Gegend der Burg erst um das Jahr 1150 urkundlich vor, also zu einer Zeit, nachdem die Hohenstaufen bereits seit 10 Jahren den deutschen Kaiserthron besaßen hätten. Zudem beziehe sich auch dieser Name nicht auf die Burg selbst, sondern auf den Berg, der von jener gekrönt ist, er habe seinen Ursprung im romanischen Patois und heiße zu deutsch Stephansberg. Ein Blick ins Konversationslexikon zeige, daß die Herkunft der Hohenstaufen aus Schwaben längst urkundlich nachgewiesen ist.

Der Reifall unsrer reichsamtlichen Denkschriftgelehrten ist, wie man sieht, in diesem Fall, ein gründlicher. —

**Koloniales.** Die Angelegenheit des Hauptmanns von Vesser, gegen den wegen Ausschreitungen seiner Expedition in Nordwest-Kamerun Anlagen mehrerer Offiziere der Schutztruppe beim Gouvernemente eingegangen waren, hat, wie verschiedenen Blättern geschrieben wird, einen ganz andren Verlauf genommen, als man ursprünglich annahm. Der Hauptmann hat den Befehl erhalten, zurückzukehren, und die ganze Sache ist dem Militärgericht übergeben worden. Das Material ist daher der Kolonialabteilung entzogen; zunächst soll aber nichts über die Vorgänge bekannt gegeben werden.

Zum Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika soll der „Deutschen Zeitung“ zufolge Hauptmann Graf Bögen aussersehen sein. Graf Bögen hat sich durch eine Durchquerung Afrikas und die Entdeckung des Rivusses bekannt gemacht.

## Ausland.

### England.

**London, 3. Dezember.** Das Parlament trat heute zusammen. Nach den üblichen Ceremonien wurde Gully zum Sprecher wiedergewählt. Morgen werden die Mitglieder den Eid leisten, und am Donnerstag wird die Thronrede verlesen werden.

### Afrika.

#### Der Krieg.

**London, 3. Dezember.** Nach einem Telegramm des Generals Lord Kitchener aus Bloemfontein vom 1. Dezember meldet ein weiterer Bericht des Generals Paget über das Gefecht nordöstlich von Bronkhorstspuit am 29. November: Die Truppen rückten gegen Abend näher an die feindliche Stellung heran. Die Voeren erzielten gegen 6 1/2 nachmittags Verstärkungen, brachten drei neue Geschütze in Stellung und machten darauf einen kräftigen Angriff auf die englische Schützlinie, wurden jedoch nach erstem Kampf mit schweren Verlusten zurückgeworfen. Der Feind wartete den für Tagesanbruch geplanten Angriff der Engländer nicht ab, sondern zog sich während der Nacht zurück. Oberstleutnant Lloyd ist gefallen, 10 Offiziere sind verwundet, von den Mannschaften sind 13 tot, und 59 verwundet. Paget rühte gestern morgen in die feindliche Stellung ein, die Reiterei verfolgt die nach Nordosten zurückweichenden Voeren.

**Kapsstadt, 2. Dezember.** In halbamtlichen Kreisen verlautet, in kurzem werde das Kriegsgesetz proklamiert werden. Die Regierung lehnt jede Mitteilung über diesen Gegenstand ab.

## Partei-Nachrichten.

**Gemeindevahlen.** In Reichenhain (Königreich Sachsen) wurden die socialdemokratischen Kandidaten bei den Anstässigen und bei den Unanständigen gewählt. Ferner wurden socialdemokratische Kandidaten gewählt in den sächsischen Gemeinden Marienthal, Altelhain, Hohenkirchen, Seebewitz, Roschau und Leisnig. Aus Anhalt kommt die Meldung von einem Siege in der Gemeinde Jonig.

**Totenliste der Partei.** In Görlitz starb vor wenigen Tagen ein alter Parteigenosse, der Schneider Wilhelm Schmidt. Der Verstorbenen gehörte bereits dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein an und hat seit dieser Zeit rechtschaffen für die Partei gewirkt, bis ihn vor einigen Jahren Krankheit zwang, sich von öffentlichen Angelegenheiten fernzuhalten.

Der „Robotnik“ (Arbeiter), das in der Warschauer Geheimgendruckerei herausgegebene Organ der „Socialistischen Partei Polens“, ist wieder erschienen. Es ist die dritte Nummer, seitdem die Gedanken der früheren Druckerei des Wlads, die sich in Lodz befand, „ausgeholt“ haben. Das und vorliegende 12seitige Blatt ist inhaltlich und technisch recht gut ausgestattet. Der Leitartikel der Nummer befaßt sich mit den bekanten sieben Todesurteilen, von denen seiner Zeit der „Vorwärts“ berichtet hat. Dem Leitartikel folgt der Bericht vom V. Kongress der „S. P. P.“, dessen Beschlüsse erläutert worden sind. Dann folgt ein Aufruf für Wilhelm Liebknecht. Den Schluß der Nummer bilden die zahlreichen Korrespondenzen aus dem ganzen Lande und die üblichen Warnungen vor Spiegeln. Aus der Lodzer Korrespondenz erfahren wir, daß in der polnischen Textilindustrie die Arbeiter schwer unter der in der Textilindustrie herrschenden Krise leiden. In Widzew — einer Vorstadt von Lodz — hat man bereits 1600 Arbeiter entlassen. Durch Abzüge und Feierschichten erhalten die andren wahre Hungerlöhne. In der Fabrik von Poznanowski wollte man die Arbeitszeit um 3 1/2 Stunden und den Lohn um 28 Proz. verkleinern. Sofort brach ein großer Streik aus. Die unanständigen Gewandern und Kosaken griffen unverzüglich ein, das Woll mit der Spitze auseinanderzutreiben. Es kam zu einer förmlichen Schlacht zwischen den Arbeitern und den Kosaken. Wieder wurden etliche Arbeiter verhaftet, man ließ sie aber bald wieder heraus. Die Arbeiterinnen haben am Streik tapfer teilgenommen. Das Ergebnis des Streiks war, daß jetzt an fünf Tagen zu 11 1/2 Stunden gearbeitet wird. In einer andren Fabrik waren auch Lohnreduktionen beabsichtigt, unter dem Eindruck des Streiks aber ließ man alles beim alten.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Spandan.** Die Firma Franc Eöhne (nicht wie wir irrtümlich berichteten Meyer Eöhne) hat es vernünftigerweise vorgezogen, die von ihr vorgenommene Kürzung der Löhne ihrer Arbeiter wieder zurückzunehmen, nachdem zwischen ihr und den Bevollmächtigten des Fabrikarbeiter-Verbands Verhandlungen stattgefunden hatten. Dadurch sind die drohenden Differenzen durch die Geschlossenheit der von der Firma beschäftigten Arbeiter noch rechtzeitig verhütet worden.

### Deutsches Reich.

**Bauherren-Prognostik.** Der Bauarbeitgeberbund von Halle hat es abgelehnt, mit den streikenden Maurern in Unterhandlungen wegen Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten. Bevor nicht die Anständigen von selbst und zwar bedingungslos zu einem Höchstlohn von 45 Pf. pro Stunde die Arbeit wieder aufnehmen, soll das Weitere in Ruhe abgewartet werden. Diese Antwort ist für die Streikenden ein Schlag ins Gesicht. Sie werden es jedenfalls an der entsprechenden Antwort nicht fehlen lassen.

**Ein Streikführer.** Der Maurer Zumppe wurde am Sonnabend vor dem Dresdner Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil er einen Arbeitswilligen, der eben seine Thätigkeit auf einem gesperrten Bau beginnen wollte, in den Boden gefaßt und so geschüttelt haben soll, daß der Arbeitswillige seinen Werkzeugkasten verlor.

**Christliche Kampfmethode.** Vor einiger Zeit fand in einer Versammlung der Zahlstelle Essen des Deutschen Holzarbeiter-Verbands die Frage der Neutralität der Gewerkschaften zur Tagesordnung. Die Versammlung sprach sich dahin aus, daß zu einer erfolgreichen Führung wirtschaftlicher Kämpfe der Zusammenschluß aller Arbeiter notwendig sei; unbedingt müßten aber die verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen zusammenstehen. Wohl unter dem Einfluß der sachlichen Verhandlungen regte ein anwesendes Mitglied des christlichen Arbeiterverbands die Einsetzung einer aus Mitgliedern beider Verbände bestehenden Kommission an, welche über gemeinsame wirtschaftliche Aktionen beraten sollte. Dieser Anregung stimmte die Versammlung rückhaltlos ohne Ausnahme zu. Dieser Vorfall, der die Wünsche der Arbeiter, die zwischen ihnen künstlich geschobene Schranke der Sonderorganisation zu durchbrechen, recht eloquent zu Tage treten ließ, muß den christlichen Führern aber wohl sehr wider den Strich gegangen sein. Es war gerade zu der Zeit, als die bekanten Dixonschreiben die Runde durch die Presse machten. Man suchte nach einer Gelegenheit, um schließlich einen Keil in die in Anregung gebrachte Einigung zu treiben. Und die Gelegenheit fand sich bald. In einer späteren Versammlung der Zahlstelle des Verbands beschäftigte man sich mit der Kandidatenfrage zur Gewerbegerichtswahl. Sämtliche Verufe, mit Ausnahme der Holzarbeiter, hatten bereits in einer öffentlichen Versammlung die Kandidaten nominiert. Wegen ungenügenden Besuchs der öffentlichen Holzarbeiter-Versammlung hatte man hier von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand genommen. Der Einberufung einer weiteren Versammlung standen Schwierigkeiten entgegen, weshalb beantragt war, die Nominierung des Kandidaten in der Mitglieder-Versammlung vorzunehmen. Es wurde nun die Frage aufgeworfen, ob es nicht angebracht sei, behufs Aufstellung des Kandidaten mit der christlichen Organisation in Verbindung zu treten. Der anwesende Vorsitzende des Gewerbegerichtswahl Ausschusses Gen. Düvel bemerkte zu dieser Angelegenheit: Die Einberufung einer zweiten öffentlichen Versammlung habe keinen Zweck, die Erfahrung habe gelehrt, daß zu solchen Versammlungen doch nur organisierte Arbeiter erscheinen. Im Grunde genommen stände diesen auch die Aufstellung der Kandidaten zu, weshalb man ohne weiteres Bedenken die Nominierung des Kandidaten der Holzarbeiter in der Mitglieder-Versammlung vornehmen könne. Mit der christlichen Organisation in Verbindung zu treten, sei leider ganz zwecklos; die christlichen Organisationen hätten, wie auch in den Vorjahren, bereits mit den Dixich-Verbands-Gewerkschaften ein gemeinsames Vorgehen gegen die Kandidaten der freien Gewerkschaften beschlossen. — Aus diesem Grund bedeute der Versuch, mit der christlichen Organisation betreffs gemeinsamer Aufstellung eines Kandidaten in Verbindung zu treten, um Effekt weiter nichts, als nutzlose Arbeit und Zeitvergeudung, weshalb man ruhig davon absehen könne.

Was machen nun die christlichen Arbeiterfreunde aus diesen gewiß sachlichen und unanfechtbaren Ausführungen? In christlichen Organen, z. B. „Holzarbeiter“ (Verbandsorgan der christlichen Holzarbeiter), „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (Giesbrecht), wird zum abschließenden Beispiel für die christlichen Gewerkschaftler mitgeteilt, „der Redacteur des socialdemokratischen „Werk“ habe den Vorstand des Holzarbeiter-Verbands ersucht, in keiner Weise mit den christlichen Organisationen in Verbindung zu treten.“ — Während also inhaltlich sehr die christlichen Führer die Mitglieder ihrer Organisationen bei jeder Gelegenheit den freien Verbänden als Gegner gegenüberstellen, wird jenen weisgemacht, diese wollten den gegenseitigen Kampf. — Und alles das nennt sich — christlich.

**Die Hungerstrafe.** In Erlangen haben die Buchbinder vor einiger Zeit mehrere verschiedene Forderungen durchgesetzt, die die Unternehmern im Hinblick auf die Geschäftslage bewilligen mußten. Die Strafe für dieses verbrecherische Unterfangen hoben sie für später auf, und jetzt, nach dem Eintritt der ruhigen Geschäftszeit, halten sie die günstige Gelegenheit für gekommen, um Vergeltung zu üben. Den Arbeitern soll die Begehrlichkeit durch den Hunger ausgetrieben werden. Sämtliche Inhaber von Buchbindereien haben sich durch Kontrolle verpflichtet, keinen Arbeiter, der aus einem Betriebe entlassen wurde oder freiwillig ausgetreten ist, vor Ablauf eines halben Jahres in einem andren Betriebe wieder einzustellen. Auf diese Weise will man mißliebige Arbeiter oder solche, die ihre Stellung verändern wollen, mit einer halbjährigen Hungertüte bestrafen. Ob aber der schöne Zweck erreicht wird, steht noch in Frage, denn die Arbeiter haben auch eine Organisation, die derartigen Schornmacherkünsten zu begegnen wissen wird.

### Ausland.

**In Paris** streiken etwa 1500 Drofschneidwerkzeuge der Großen Pariser Drofschneid-Gesellschaft. Ihre Forderungen gehen dahin, den hohen Durchschnittslohn von 15 Franks, welchen jeder Drofschneidwerkzeuge pro Tag an die Direktion zu zahlen hat, herabzusetzen.

**Der Streik der Spinnweber in Calais** dauert unverändert fort. Die antihumane Organisation zahlt jede Woche etwa 32000 Franken Streikunterstützung aus. Die Spinnweber von Rottingham haben beschloffen, ihren Kollegen von Calais 25000 Franks vorzuschicken, ferner sie während der Dauer des Streiks pro Woche mit 1250 Franks zu unterstützen.

**Ueber eine schamlose Provokation organisierter Arbeiter** wird dem „Berliner Vorkurs-Courier“ aus New York geschrieben: Es bestehen große Befürchtungen, daß der Fabrikort Kings Junction bei Stouboville, Ohio, bald der Schauplatz von Arbeiterunruhen sein werde, wie sie vor Jahren in Homestead, Pennsylvania, vorgekommen sind. Der „Stahl-Trust“, die National Steel Co. hat der „Amalgamated Association“, der Vereinigung der Eisen- und Stahlarbeiter, den Forderungsdiskurs hingeworfen. Der genannte Trust ließ vor einigen Tagen den Arbeitern in der dort von demselben betriebenen Stahlfabrik eine Lohnreduktion von 33 Proz. ankündigen. Auf den Protest der Leute kam der Bescheid, daß von dem genannten Tage an nur mehr Nicht-Union-Leute in der erwähnten Fabrik zugelassen werden würden. Nach dem Plane des Trustes sollen farbige Nicht-Union-Leute aus seinen Fabriken in Vellaire, die dort mit Erfolg als Streikbrecher verwendet worden waren, zu gleichem Zweck nach Kings Junction gebracht werden. Wenn nötig, sollen auch aus den andren Nicht-Unionfabriken des Stahltrustes Leute herangezogen werden. Die National Steel Co. hat den Kampf offenbar schon seit längerer Zeit vorbereitet, den Ausbruch desselben aber mit Rücksicht auf die Präsidentenwahl bis nach dem 6. November verschoben. Die Fabrikanlagen in Kings Junction sind mit einem Stacheldrahtgarn umgeben, der im Notfall mit Elektrizität geladen werden kann. Auf dem Hofe hat man große Gebäude zur Unterbringung neuer Arbeiter errichten lassen, und alles auf eine lange Belagerung vorbereitet. Die Absicht der Gesellschaft, Ketter zu importieren, hat die Arbeiter auf das höchste erbittert, und sind dieselben entschlossen, die farbigen Streikbrecher unter keinen Umständen zuzulassen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Frauenstimmrecht.** Die socialistische Agitation für das Frauenstimmrecht in Belgien wird lebhaft betrieben und gewinnt immer weitere Kreise der arbeitenden Bevölkerung für die Forderung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. In hervorragender Weise wirkt Genossin Gatti de Camond, eine frühere, sehr verdienstvolle Schulverwalterin, für das Frauenstimmrecht. In fast allen größeren Städten und Industriezentren hat sie während der letzten Monate Versammlungen abgehalten, in denen sie die einschlägige Forderung begründete. So sprach Genossin Gatti de Camond z. B. in Grüssel, Lüttich, Berviers, Gent, Molendeb, La Louviere, Lobelinsart usw. Die Versammlung in dem letztgenannten Orte war besonders interessant, weil die Jüdischerheit zur großen Mehrzahl aus den weiblichen Familienangehörigen der streitenden Glasarbeiter bestand. In Berviers und den umliegenden Ortschaften agitiert Genossin Dellante für das Frauenstimmrecht; in Lüttich und Umgegend Genossin Wasson; im Bezirk von Charleroi Genossin Lotzier; in Gent, Alost, Grammont und andren flämischen Industriezentren Genossin Foulon. Die

# Verhandlungen.

**Der Metallarbeiter-Verband** (Ortsverwaltung Berlin) hielt am Sonntag eine Generalversammlung ab, die im Feenpalast tagte und sehr stark besucht war. Auf der Tagesordnung stand eine Angelegenheit, die schon seit Wochen unter den Verbandsmittgliedern lebhaft erörtert wurde und auch bereits zwei Ortsverwaltungs-Sitzungen beschäftigt hat. Die aus der am Sonntag geführten Debatte hervorging, handelt es sich um folgendes: Der erste Bevollmächtigte Rätcher und der Kandidat Pöhl haben ihren Urlaub im September zu einer Reise nach Paris benutzt. Während ihrer Anwesenheit in Paris fand daselbst der internationale Metallarbeiter-Kongress und der internationale sozialistische Arbeiter-Kongress statt. In den Zeitungsberichten über die Kongresse wurden Rätcher und Pöhl als Delegierte zu diesen beiden Kongressen genannt. Dies erregte das Vertrauen der hiesigen Verbandsmittglieder, da die beiden genannten Verbandsmittglieder Mandate seitens der Organisation nicht erhalten hatten. Später stellte sich dann heraus, daß ihnen Mandate zum Metallarbeiter-Kongress durch den zweiten Bevollmächtigten Schlegel und den Sekretär Skalski ausgestellt worden sind. Diese Art Mandate zu erlangen, wird seitens der Mitglieder als keine ordnungsmäßige, sondern als eine Mandatserschleichung angesehen, da nur durch Mehrheitsbeschluß der Kollegen Mandate vergeben werden könnten, und — wie einige Redner bemerkten — man den genannten Verbandsmittgliedern Mandate übertragen haben würde, wenn die Mitglieder gegenüber die Vertretung auf dem Kongress als notwendig oder wünschenswert empfunden worden wäre. Rätcher erklärte sein und Pöhl's Verhalten, indem er ausführte: Als er in der Ortsverwaltungs-Sitzung, welche den Urlaub bewilligte, gesagt habe, daß er und Pöhl natürlich auch ein Interesse hätten, am Metallarbeiter-Kongress teilzunehmen, da sei keine Einwendung dagegen gemacht worden. Da früher internationale Berufs-Kongresse die Leiter von Organisationen sowie Redakteure von Gewerkschaftsblättern ohne weiteres als zur Vertretung legitimiert erachtet hätten, so habe er in gutem Glauben gehandelt, wenn er die von den Ortsverwaltungs-Mitgliedern unterzeichneten Mandate für ausreichend hielt. Im übrigen seien auch die Mitglieder durch die Ausübung der beiden Mandate in keiner Weise geschädigt. Dem Rätcher und Pöhl auch in den Berichten über den internationalen Sozialisten-Kongress als Delegierte aufgeführt worden seien, so treffe sie dafür kein Vorwurfs, denn sie hätten diesen Kongress zwar auf kurze Zeit besucht, aber auf eine Frage der deutschen Mandatsprüfungskommission ausdrücklich erklärt, daß sie kein Mandat hätten. — Alle übrigen Redner, die an der Debatte teilnahmen, verurteilten es, daß Schlegel und Skalski die Mandate ausgestellt, sowie daß Rätcher und Pöhl diese Mandate ausgenutzt haben. Die zum Teil sehr entschiedene Mißbilligung lehnte sich namentlich gegen Rätcher. Besonders scharf brachte Wiesenthal dieselbe zum Ausdruck, indem er ausführte: Die Handlungsweise Rätcher sei die naturgemäße Folge des Systems, welches in der Ortsverwaltung herrsche und darin bestehe, daß man dem diktatorischen Auftreten Rätcher's zu viel Spielraum gelassen habe. Man müsse mit diesem System brechen und Männer mit der Leitung betrauen, welche den Willen der Kollegen respektieren. — Im Laufe der Debatte waren mehrere Anträge eingegangen. Der eine wollte den vier Beamten nur eine Mißgefallen, sie aber im Amt belassen, ein anderer verlangte die Abberufung, ein dritter die Abberufung der Betroffenen. Beschlossen wurde mit großer Mehrheit: Rätcher, Pöhl, Schlegel und Skalski zu kündigen, so daß ihre Amtsdauer am 31. März 1901 abläuft. Nach Annahme dieses Beschlusses sollte die Wahl für die nunmehr vakanten Ämter vorgenommen werden. Es entstand eine längere, lebhafte Geschäftsordnungs-Debatte über den Wahlmodus und die vorgeschlagenen Kandidaturen. Für den Posten des ersten Bevollmächtigten erklärten sich von den vielen vorgeschlagenen nur Rätcher und Wiesenthal zur Übernahme des Amtes bereit. Gegen die Kandidatur Wiesenthal wurden einige protestierende Bemerkungen laut. Da die Abstimmung durch Handaufheben kein zweifellohes Resultat ergab, so soll die Wahl des ersten Bevollmächtigten in der nächsten Generalversammlung durch Zettel vorgenommen werden. — Als zweiter Bevollmächtigter an Stelle Schlegels wurde Pawlowski gewählt. Mit überzogener Mehrheit wurde Pöhl als Kandidat wiedergewählt. Die Wahl des Sekretärs an Stelle Skalski fiel auf Heine. — Darauf empfahl Cohen namens der Ortsverwaltung die Anstellung eines sechsten Bureaubeamten. Die Versammlung stimmte dem zu und betraute Hennig mit diesem Posten.

**Die Bauarbeiter Berlins und Umgegend** (zentrale Richtung) hielten am Sonntag, den 25. d. Mts., eine Jubiläums-Vorstands-Konferenz ab. Zunächst wurde in derselben auf Antrag Franzlat die Verlegung der Wahlen für die Ortsverwaltungen und die Lohnkommission im April beschlossen. Die Entschädigung der Beitragskassen wurde abgelehnt, da dieses Amt als ein Ehrenamt zu betrachten sei. Weiter wurde auf Antrag Kretzschmar beschlossen, die drei ständigen Lohnkommissionen-Mitglieder als Delegierte zum Verbandstage nicht zu wählen. Die Angelegenheit des ausgefallenen Kollegen Koberl erklärte sich der Ausschuß bereit, zu regeln. Auf Veranlassung der Lohnkommission wurde beschlossen, das Kleben der Kartenerneuerung wegen in der letzten Woche dieses Jahres sowie in den beiden ersten Wochen im Jahre 1901 auszuführen. Nach Erlebung einiger interner Angelegenheiten erreichte die Versammlung ihr Ende.

**Zimmerer-Versammlung.** In der am Sonntag in den Arminkallen tagenden Versammlung des Centralverbandes der Zimmerer sprach eingangs der Reichstagsabgeordnete Genosse Antzick über „Die Wohnungsnot“. In der an den beifällig aufgenommenen Vortrag sich anschließenden Diskussion sprachen Peterreit, Chaubitzki und Reimann, letzterer u. a. auch auf die Wohnungsinspektion verweisend. Im weiteren trat der Referent noch der unter den Zimmerern verbreiteten Ansicht entgegen, daß infolge der Wohnungsnot sich eine erhöhte Bauthätigkeit einstelle und einwirken müsse, weil die Grund- und Bodenbesitzer ihren Besitz besser verzinzen, wenn sie diesen bis zur geeigneten Zeit liegen lassen. Hoffmann erwidert darauf um Auskunft betriebs der Obdtschen Streiklokal-Angelegenheit, was eine kurze Diskussion zeitigte, die mit der Annahme eines Antrags endete, der diese Angelegenheit dem Vorstand zum weiteren Verfolg überweise. Der Vorsitzende giebt dann das bis jetzt ergebende Resultat der Kartenerneuerung und Abstempelung bekannt. Hiernach sind 2813 neue Karten ausgestellt worden und haben 1944 den Schlüssel erhalten.

**Der Verband der Fabrik-, Land-, Glaserarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands** (Abteilung Berlin) hielt am Mittwoch, den 28. November, in Raabes Salon, eine Mitglieder-Versammlung ab. Herr Stenz hielt einen Vortrag über „Disziplin“. In der Diskussion stellte R. die Frage an den Referenten, was doch Mittel und Wege vorzuschlagen zu wollen, wie dieser Aufsitz entgegen zu treten sei. Der Referent führte nun an, daß die 150 Millionen, die der Krieg in China kostet, besser auf das Wohl der Kranken und Kräfte angewandt wäre, und so führte Redner noch verschiedene Mittel und Wege an.

**Die Graveure und Eislerre** hielten am 28. November in der Brunnenstraße eine öffentliche Versammlung für die im Norden Berlins wohnenden Kollegen ab. Erschwerend schilderte die Lage im Gewerbe und forderte zum Schluß die Anwesenden auf, sich dem Verband anzuschließen. In der Diskussion legte einer der Streikenden von der Werkstatt Fismar den Grund des dortigen Streiks dar.

## China.

### Deutsche Strafexpeditionen.

Berlin, 3. Dezember. Feldmarschall Graf Waldersee meldet aus Peking, den 2. Dezember: Nach Hissen der deutschen Flagge auf den Ring-Gräbern und Verhaftung mehrerer nahegelegener Dörfer wegen Christenmords lehr Detachment Wohl

(bisher noch) in einzelnen Kolonnen über Jangfang, Chohoköng, Langshan, Nulanöhan (sämtlich etwa einen Tagemarsch nördlich von Peking) nach Peking zurück.

### Ein müßiges Gerücht

Scheint es zu sein, daß der „Standard“ sich vom 2. Dezember aus Shanghai melden läßt:

Lichangtschung, der Vizekönig von Wutschang, erhielt eine Depesche aus Sianfan, in welcher die Einstellung der Entsendung weiterer Lebensmittel nach Sienfan angeordnet wird. Es geht das Gerücht, der Kaiser lehre unverweilt nach Peking zurück. Ferner wird gemeldet, die Kaiserin-Witwe werde ihm folgen, wenn der Empfang ein derartiger sei, daß er sie beruhigen werde. Das Gerücht scheint indessen seinen Ursprung in einer Aufforderung zu haben, welche der Kaiser neuerdings an die Vizekönige gelangen ließ und in welcher er dieselbe ersuchte, der Kaiserin-Witwe vorzustellen, daß es das ratsamste sei, er lehre nach Peking zurück.

### Verstörte Vogerddörfer.

Eine Meldung des „Deutschen Flottenvereins“ besagt: Das norische Corps, welches jetzt unter dem Befehl des Generalmajor v. Gahl steht, hat am 30. November in der Nähe der Minge-gräber fünf Vogerddörfer erobert und gänzlich zerstört. Die Voger hatten 23 tote. — Man erwartet die Eröffnung der Eisenbahnlinie Peking—Jangtsun in den nächsten Tagen; voraussichtlich schon am kommenden Montag früh.

### Rußland in der Mandschurei.

Ein Petersburger Generalstabbericht vom Saterdag besagt: In der östlichen Mandschurei haben die Chinesen wiederholt russische Posten angegriffen. Unter anderem wurde ein russisches Kommando von 10 Kosaken während einer Nacht von Vögern angegriffen; alle zehn wurden getötet. Chinesische Christen überbrachten die Nachricht.

### Letzte Meldungen.

Tientsin, 2. Dezember. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Auf Grund eines kategorischen Befehls des Kaisers von Rußland werden die Russen die Bahn von Schanhai nach Peking den Deutschen übergeben. Die Lokomotiven, welche die Uebergabe betreffen, sind heute vormittag unterzeichnet worden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Reise des Präsidenten Krüger.

Köln, 3. Dezember. (W. T. U.) Heute nachmittag wurde der Gesandte v. Tschischik und Bögenborn von dem Präsidenten Krüger empfangen, um demselben im Auftrag des Kaisers persönlich für das Telegramm zu danken, welches Präsident Krüger von Herbesthal aus an Se. Majestät gerichtet hatte. Präsident Krüger erwiderte: Ich bitte, meinen verbindlichsten Dank für die durch Ihre Exzellenz mitgeteilte Botschaft Sr. Majestät zu übermitteln, für allerhöchste welche ich seit der vor Jahren stattgehabten Begegnung stets die freundschaftlichen Gefühle und besten Wünsche hegte und Gottes Segen herabschickte.

### Die Botschaft des Präsidenten Kinley.

Washington, 3. Dezember. (W. T. U.) Die Botschaft des Präsidenten Mac Kinley an den Kongress behandelt die chinesische Frage in großer Ausführlichkeit. Die Politik Amerikas besteht darin, die chinesische territoriale und administrative Befestigung zu erhalten, die Rechte der Mächte zu schützen und den Handel für die ganze Welt in gleichmäßiger und unparteilicher Weise zu sichern. Amerika hat den russischen Vorschlag auf Wiederherstellung der kaiserlichen Gewalt in Peking, als am besten geeignet, eine dauernde Regelung zu bewirken, angenommen. Der Präsident verlangt eine exemplarische und abschreckende Bestrafung der wirklich Schuldigen innerhalb der rationalen Grenzen vergeltender Gerechtigkeit. Er betrachtet dies als erste Bedingung und deutet an, daß eine Entschädigung geleistet werden könne teils durch erhöhte Bürgerpflichten für Sicherung der Rechte der Ausländer und dafür, daß China dem Handel der ganzen Welt geöffnet werden. Mac Kinley spricht sich dann für den russischen Vorschlag aus, daß alle weitergehenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Entschädigungen dem Haager Schiedsgericht unterbreitet werden sollen. Die Beziehungen zu Frankreich, heißt es in der Botschaft weiter, sind freundschaftliche, in den Beziehungen zu Deutschland herrscht guter Wille vor. Nach Erwähnung der freundschaftlichen Regelung der Frage der Versicherungs-Gesellschaften und des Samoo-Abkommens erwähnt Mac Kinley das Fleischbeschaugesetz und sagt, es herrsche noch große Ungewißheit, ob Amerikas fast vernichteter Handel mit Deutschland in Fleischprodukten unter den neuen Lasten wieder aufleben kann. Mac Kinley hofft zuversichtlich, daß die neuen Bestimmungen frei sein werden von Differenzierungen, welche die Durchführung der alten Verordnungen im Gefolge hätten. Bei der Besprechung der Beziehungen zu Deutschland finden schließlich noch das neue deutsch-amerikanische Kabel und der bei seiner Eröffnung erfolgte Austausch von Glückwünschen mit dem deutschen Kaiser Erwähnung. Bezüglich der Beziehungen zu England wird in der Botschaft ausgeführt, daß dieselben fortgesetzt freundschaftlich sind. Der Krieg in Südafrika habe zu peinlichen Fragen bezüglich der Neutralitätsgeiche Anlaß gegeben, die in einer für die unmittelbar Beteiligten bedrückenden Weise geregelt seien, aber leider ohne volle Regelung der Frage des Rechts der Neutralen, Waren, die nicht an sich Konterbande sind, zu verhindern. Die Botschaft betont sodann, daß der Einfluß Japans als eines der allgemeinen Interessen des Friedens, der Ordnung und des Handels fördernden Faktors nicht übersehen werden könne, erwähnt die Konvention mit England hinsichtlich des Baus des Isthmus-Kanals und bekräftigt den Anschluß eines Handelsvertrags mit Spanien. Die von Amerika an die Türkei gestellten Forderungen, heißt es dann weiter, dürften bald in befriedigender Weise erledigt werden. Sollten in der Frage der Handelsverträge in einigen Ländern die Forderungen nach einer Amerika feindlichen Gesetzgebung fortdauern, so werde Mac Kinley dem Kongress eine den Erfordernissen der Lage gerecht werdende Gesetzgebung anraten. Die Botschaft bekräftigt sodann noch die Beibehaltung der Parität zwischen Gold und Silber und weist hinsichtlich der Philippinen darauf hin, daß Amerika bestrebt sei, den Philippinos die Wohlthaten der Freiheit und einer guten Regierung zu sichern.

Königsberg i. Pr., 3. Dezember. (W. T. U.) Das zweihundertjährige Krönungs-Jubiläum wird, wie die „Ostpreussische Zeitung“ meldet, von dem Königl. Hofe nur in Berlin gefeiert und zwar soll die Feier mit dem am 18. Januar regelmäßig stattfindenden Ordensfeste verbunden werden.

Bern, 3. Dezember. (W. T. U.) Der Ständerat genehmigt von den auf der Haager Konferenz abgeschlossenen Konventionen die folgenden: Die Konvention zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitigkeiten, die Konvention betr. die Ausdehnung der Genfer Konvention auf den Seerrieg, die Erklärung betreffend das Verbot von Geschossen und Explosivstoffen aus Luftballons, die Erklärung betreffend die Verwendung von Geschossen, die ersinkende oder giftige Gase verbreiten, endlich die Erklärung betreffend den Gebrauch von Kugeln, die sich leicht im menschlichen Körper auflösen oder abplatteln.

Rom, 3. Dezember. (W. T. U.) Der Tiber ist um einen halben Meter gesunken. Die Gefahr für die Stadt ist vorbei. Die Nacharbeiten an der Campagna lauten beruhigend. Die Rettungsarbeiten forderten mehrere Opfer. Ein Soldat und zwei Schiffer sind bei der Rettung einer Familie aus einem Bauernhause ertrunken.

Agitation wird sehr wirksam von den Arbeiterinnen-Organisationen, sowie von den Vereinen der „Jungen Garde“ unterstützt, jener Parteigruppierung, welche besonders den Kampf gegen den Militarismus führt. Auch die bekanntesten Führer der sozialistischen Arbeiterpartei, allen voran Genosse Vandervelde, treten in Wort und Schrift einhellig für das Frauenwahlrecht ein. Die Vorläuferinnen und Vorkämpfer für das volle Bürgerrecht der Frau finden überall eine zahlreiche, oft auch eine begeistert zustimmende Juchendenschaft. Besondere Erwähnung verdient, daß nicht nur das sozialistische industrielle Proletariat sich für das Frauenwahlrecht erklärt, sondern daß die Forderung auch bei der bauerlichen Bevölkerung lebhaften Anklang findet.

Die Wähler des Kreises Arapahoe der nordamerikanischen Union wählten Mrs. Evangeline Harris in das Unterhaus von Colorado. Frau Harris war die Kandidatin der vereinigten demokratischen Heimbürgertlichen Parteien. Als Abgeordnete zog Mrs. Elizabeth Cohen in das Parlament des Staates Utah ein; sie wurde in Salt Lake City gewählt.

Die Einführung des Frauenstimmrechts in der Kolonie Victoria (Australien), die im Juli dieses Jahres mit einer Majorität von 31 Stimmen vom Unterhaus beschloffen wurde, ist vom Oberhaus abgelehnt worden. Von Einfluß auf die Entscheidung des Oberhauses war die reaktionäre Haltung breiter Kreise, welche gegen die beantragte Reform energisch protestierten und eine erfolgreiche Anti-Frauenstimmrechts-Bewegung ins Leben riefen. Binnen kurzer Zeit erhielt eine Petition gegen das Frauenstimmrecht nicht weniger als 27 000 Unterschriften. Die Frauen der deutschen Ansiedler gehören ihren großen Mehrzahl nach zu den Gegnerinnen der politischen Gleichberechtigung der Geschlechter. Keuferst bezeichnend ist es, daß sehr viele reiche Damen die materielle Abhängigkeit ihrer Dienstmädchen, Angehörten u. d. m. mißbrauchten, dieselben zu zwingen, gegen ihre Überzeugung die erwähnte Petition zu unterzeichnen. — Die Regierung will gegen die Entscheidung des Oberhauses eine Volksabstimmung herbeiführen.

**Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Mgdorf.** Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Thomas, Hermannstr. 48/50: Versammlung, Vortrag des Herrn Dr. Kalkowski über das Thema: „Wie nährt man sich gut und billig?“ Gäste willkommen. Der Vorstand.

## Sociales.

**Zur Kohlennot.** Die Stadtverordneten in Darmstadt beschloffen in Anbetracht der Kohlenverknappung auf Vorschlag des Bürgermeisters einstimmig, an Kinderbewerber, d. h. an Einwohner, die ein Einkommen von nicht über 1500 M. verdienen, aus den städtischen Kohlenvorräten Quanten bis zu zwei Zentnern wöchentlich für jede Haushaltung zum Selbstkostenpreis abzugeben.

In Mainz wurde diese von Sozialdemokraten gestellte Forderung unter ultramontaner Aufsicht abgelehnt.

## Berichts-Beilage.

**Auf sächsisch verurteilt.** Eine seltsame Leutenantsbeleidigung wurde dem derzeitigen verantwortlichen Redakteur der „Sächsl. Arbeiterzeitung“, dem Genossen Niem, zur Last gelegt. Vor einigen Wochen brachte die genannte Zeitung eine Notiz aus Radebeul, wonach ein Major im Vorbeigehen einen bairischen Unteroffizier mit „bairischer Wops“ beistellt haben sollte, weil ihn dieser nicht gegrüßt habe. Durch diese Notiz fühlte sich nun nicht etwa ein Major, sondern der — Leutnant von Kostig-Jensendorf beleidigt, weil er an demselben Tage auf derselben Straße geritten war und einem Soldaten, der aber weder bairischer Unteroffizier war, noch einem solchen ähnlich sah, Vorstellungen wegen mangelhafter Ehrenbeweisung gemacht, dabei aber nicht „bairischer Wops“ gesagt hatte. Genosse Niem, der keinen Leutnant sondern einen Major kritisiert und dem es niemals eingefallen war, vom Leutnant v. Kostig-Jensendorf zu behaupten, er habe „bairischer Wops“ gesagt, wumberte sich mit Recht, wie man ihm wegen Leutenantsbeleidigung in Anklagezustand versetzen könne. Es lägen, so führte er vor dem Dresden'schen Schöffengericht aus, doch offenbar zwei ganz verschiedene Fälle vor. Das Gericht entschied jedoch, daß beide Vorfälle, von denen die Rede sei, identisch wären, weil sie beide zu ein und derselben Zeit — Sonntag vormittag! — vor sich gegangen seien, und verurteilte den Genossen Niem wegen Leutenantsbeleidigung zu 200 Mark Geldstrafe. — Wenn die Sache sich nicht vor einem sächsischen Gericht abgepielt hätte, würde man sie für unglücklich halten müssen.

**Einem neuen Vorsitzenden** hat die erste Strafkammer des Landgerichts I in der Person des Mitglieds zum Landgerichts-Direktor ernannten früheren Landgerichtsrats Lachmann erhalten, welcher eine Reihe von Jahren hindurch bei derselben Kammer als Beisitzer fungierte. Der Vorgänger desselben war der zum Wirtl. Admittalitätsrat ernannte frühere Landgerichts-Direktor Dr. Jelsch und dessen Vorgänger wiederum der inzwischen verstorbene Landgerichts-Direktor Schmidt.

**Wegen Hebertretung des § 10 des preussischen Pressegesetzes** waren die Patriegonossen Saar und Schade angeklagt worden, weil Saar im Auftrage Schades in der am 1. Mai 1900 in Halle stattgehabten sozialdemokratischen Volksversammlung, also an einem öffentlichen Orte, Truchschriften, nämlich „Mafest-Zeitungen“ verkauft habe, ohne im Besitze einer behördlichen Erlaubnis zu sein. Die Angeklagten wurden aber in erster und zweiter Instanz freigesprochen. Das Landgericht zu Halle hielt für entscheidend, daß nach den gerichtlichen Feststellungen Saar an Versammlungsteilnehmer nur Zeitungen, die von ihnen vorher bei Schade bestellt waren, abgegeben habe. Er führte aus: daß hiernach von einem Verkauf in der Versammlung, zu der Jedermann Zutritt hatte, nicht die Rede sein könne und ebensowenig von einem unentgeltlichen Verteilen. Ein Verkauf sei zu stande gekommen, aber nicht in der Versammlung, sondern vorher in der Form eines Kaufvertrags. Dieser Vertrag sei vollzogen worden mit der Bestellung der betreffenden Nummern und der Verpflichtung der Käufer, sie anzunehmen und zu bezahlen. Ein Erfüllungsgeschäft liege hier vor. Der Staatsanwalt legte Revision ein und machte geltend, es müsse eventuell § 43 Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung angewendet werden. Danach bedürfe einer behördlichen Erlaubnis auch der, welcher an öffentlichen Orten Truchschriften gewerbemäßig verteilen wolle. Auf jeden Fall handele es sich hier um ein gewerbemäßiges Verteilen. — Der Strafsenat des Kammergerichts bewarf die Revision mit der Begründung, dem Angeklagten Saar könne weder ein Verkauf, noch ein gewerbemäßiges Verteilen im Sinne des § 43 der Gewerbe-Ordnung vorgeworfen werden. Von einem lediglich von der Erfüllung eines vorher mündlich geschlossenen Kaufvertrags reden. Sei Saar freizulassen gewesen, so natürlich auch der der Aufstellung beschuldigte Schade.

**Im Zusammenhang mit dem Königer Morde** steht eine Verurteilung wegen Meineids, die gestern vor dem Schwurgericht in Weuthen (Oberschlesien) erfolgte. Das Gericht verurteilte den Privatsekretär Paul Orda aus Kattowitz wegen wesentlichen Meineids zu fünfjähriger Zuchthausstrafe und zeitweiliger Ehrverlust. Orda hatte in einem an die Königer Staatsanwaltschaft gerichteten Schreiben Israelst der Ermordung des Gymnasiallehrers Winter beschuldigt. Als er hierauf in Kattowitz eidlich vernommen wurde, behauptete er, er sei am 11. März in Könitz gewesen und habe gesehen, wie Winter von zwei Männern, anscheinend Juden, überfallen und in einen Bogen geschoben wurde, der dann schnell davongefahren sei. Einer der Männer hätte den andern „Israelst“ gerufen. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Angaben Ordas erfunden waren, da es am 11. März in Jawodzie bei Kattowitz sich aufgefunden hatte.

Reichstag.

12. Sitzung. Montag, den 3. Dezember 1900, 2 Uhr.  
Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Graf von Thiel.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der folgenden Interpellation Dr. Heim, Müller-Pulda (C.):

Was gedenken die verbündeten Regierungen zu thun, um der bestehenden, weite Volkskreise schwer bedrückenden Kohlensteigerung wirksam abzuhelfen und für die Zukunft die Wiederkehr solcher Misstände zu verhüten?

Graf Posadowsky erklärt, die Regierung sei bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält

Abg. Dr. Heim (C.):

Wir haben bereits vor langer Zeit, als das Publikum sich noch ziemlich indifferent verhielt, auf die drohende Kohlennot aufmerksam gemacht. Herr v. Thiel erklärte bei der letzten Staatsberatung, er sehe die Kohlennot nicht so schwarz an, und wenn die streikenden Arbeiter zur Vernunft kämen, würde es besser werden. Nun, die Arbeiter sind zur Vernunft gekommen, ohne daß es besser wurde, die Unvernunft scheint doch also auf einer anderen Seite gelegen zu haben. Die Schuld an der Kohlensteigerung trägt jedenfalls das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat, das sich in der letzten Campaigne schwere Fehler hat zu Schulden kommen lassen. Verträge auf längere Zeit werden von dem Syndikat nicht abgeschlossen, es bindet sich nicht auf die Lieferung bestimmter Kohlenarten; ferner ist die Konkurrenz der Großhändler unter sich beeinträchtigt. Die Wirkung der Preissteigerung auf das ganze Land braucht ich nicht zu schildern. Verkehr, Industrie sowie kleine Verbraucher haben darunter gelitten, und die wirtschaftlich Schwächsten litten immer am meisten. Noch nie ist der Kohlenhandel so kritisch gewesen wie in diesem Jahre. Es ist vorgekommen, daß in der Schweiz deutsche Kohlen billiger waren als in Deutschland, weil die Frachten billiger waren und das Syndikat dem Ausland billiger Preise machte. (Hört! hört!) Das Syndikat will die Schuld an der Kohlensteigerung auf die Großhändler abwälzen. Es hat aber noch nicht den Namen eines Großhändlers veröffentlicht, der von der Lieferung durch das Syndikat wegen unweiliger Preissteigerung ausgeschlossen wäre. Dagegen steht es fest, daß die Kohlenausfuhr nach dem Ausland durch das Syndikat in den ersten 9 Monaten dieses Jahres gegen 1800 um 12 1/2 Millionen Tonnen gestiegen ist. (Hört, hört!) Diese Ausfuhr erfolgte in derselben Zeit, in der man wegen Mangel an Kohlen die Abgabe an inländische Verbraucher eingeschränkt zu müssen behauptete. Wit einem bedauernden Aufschluden streichen die Syndikate 768 Millionen Mark ein, die sie durch ihre Manipulationen über den normalen Preis hinaus im Jahre gewonnen haben. Und da schreiben die Herren über die Agrarier, die doch nur eine kleine Erhöhung der Getreidepreise wollen. Nun hat die Regierung sich dazu verstanden, „Erhöhungen und Erhebungen“ anzustellen. Nun, man weiß, solche Erhebungen dauern so lange, bis nichts mehr zu helfen ist. In Preußen haben wir einen Minister für Handel und Gewerbe. Ja, aber während die gesamte Handelspresse und gewerbliche Fachpresse über die Kohlennot jammerte, blieb der Herr Minister für Handel und Gewerbe stumm, er rührte sich nicht. Man leugnet ja gern, daß eine Kohlennot besteht. Dieser Begriff ist sehr relativ. Kohlen gibt es wohl noch, aber sie sind für den nicht glänzend gestellten Mann einfach unerschwinglich. Wie ist nun diese Kohlennot entstanden? Nun, die Syndikate haben den Großhändler mitgeteilt, die Bezüge seien um 27 Proz. zu kürzen, die Großhändler haben diese ihren Kunden gegenüber auf 50 Proz. gekürzt. Gleichzeitig aber ist nicht etwa der Export ins Ausland verkürzt worden, sondern im Gegenteil.

Es entstand eine ordentliche Kohlenangst im Publikum, die nicht unbedeutend war angesichts der Haltung des Syndikats. Veröffentlichung doch die „Kölnische Volkszeitung“ eine Nachricht, wonach auf das Ersuchen einer mit Namen genannten Person um Förderung von dem Syndikat keine Antwort ergangen sei. Diese Nachricht ist nicht widerlegt worden. Bezeichnend für die herrschenden Zustände ist auch, daß das XVIII. Armee-corps sich gezwungen sah, für das nächste Jahr seinen Kohlenbedarf in England zu decken. (Hört! hört!) Was ist nun zu thun? Es hat Leute gegeben, die vorschlugen, keine Wohlthätigkeitsvereine zu gründen, die den armen Leuten Kohlen billig abgeben, also Wohlthätigkeitsvereine zu Gunsten der Herren vom Syndikat! Man hat gemeint, der Reichstag könne nichts thun, er sei der Kohlennot gegenüber ohnmächtig. Nun, der Reichstag könnte ja in die neuen Handelsverträge unter den Artikeln, die vom Export ausgeschlossen sind, auch die Kohle aufnehmen. Das wäre eine sehr praktische Maßregel. Ebenso hätte es der Reichstag in seiner Macht, eine Exportzölle für Kohlen einzuführen. Vorläufig hat man sich auf eine Verbilligung der Importtarife beschränkt. Das war eine ziemlich wirkungslose Maßregel. Einschneidender wäre Aufhebung der Exporttarife zum mindesten vorläufig auf zwei Jahre. Eine weitere Maßnahme gegen die Kohlensteigerung wäre Steigerung der Produktion in den staatlichen Bergwerken, wie das in Preußen zum Teil geschehen ist. Der § 85 des preussischen Berggesetzes giebt übrigens dem Staat die Handhabe, dem Besitzer eines Bergwerks zu sagen, die Produktion dieses Betriebs ist nicht ganz entwidelt und ist zur Steigerung der Produktion zu zwingen. Warum wird von dieser Befugnis nicht Gebrauch gemacht?

Ich bin kein principieller Gegner der Syndikate, sie können dazu dienen, Scheidungskonkurrenzen zu beseitigen. Aber alle menschlichen Einrichtungen sind mangelhaft, und wir müssen mit allem Nachdruck verlangen, daß die Syndikate unter Aufsicht gestellt werden. Wenn man heute den Syndikaten Extrapremien zulassen läßt, so ist das eine ganz einseitige kapitalistische Bevorzugung. Ich bin weit davon entfernt, wie gesagt, die Syndikate beseitigen zu wollen. Aber wenn schon eine zünftige Getreidezollerhöhung es fertig gebracht hat, den Ausdruck Brotwucher zu schaffen, so kann man angesichts der gegenwärtigen Kohlennot nicht umhin, auch einmal einen scharfen Ausdruck zu gebrauchen. Und so können wir unserer Entrüstung wohl Ausdruck geben in einer scharfen Verurteilung des heutigen Kohlenwuchers. (Beifall.)

Handelsminister Bresselt:

Ich kann in Beantwortung der Interpellation selbstverständlich nur für den preussischen Staat sprechen. Die Interpellation fragt nach den Mitteln zur Abhilfe der jetzigen Kohlensteigerung und zur Verhütung ähnlicher Zustände in der Zukunft. In der Begründung sind eine Menge von Einzelheiten vorgetragen, die sich zum großen Teil auf das Gebahren des Kohlen Syndikats, zum großen Teil auf die Verteuerung der Kohlenpreise im Zwischenhandel beziehen. Ich bin natürlich nicht im Stande, diese Einzelheiten zu kontrollieren. Mir steht auch keine Einwirkung auf das geschäftliche Gebahren des Syndikats und des Zwischenhandels zu. Ich kann hier nur das Ergebnis derjenigen Wahrnehmungen vortragen, die ich in meiner amtlichen Stellung über die hier beklagten Misstände während des verfloffenen Jahres innerhalb Preußens gemacht habe. — Zunächst einige Mitteilungen über die Ursache und das Maß der Ausdehnung der Kohlensteigerung. Die Ursachen sind ja bekannt. Sie liegen in dem Ausfall der englischen während eines Teils des Jahres, ferner in dem Ausfall der sächsischen und böhmischen Kohlenproduktion infolge von Ausfällen und endlich in dem gesteigerten Bedarf unserer Industrie, wie sie ihn bis zur Mitte dieses Jahres hatte. Der Import der englischen Kohle betrug 106 Millionen Tonnen. Diese Kohlen kamen bis nach Berlin, und infolge des Ausbleibens dieser Zufuhr mußten natürlich diejenigen, die sie bisher bezogen hatten, sich an die in-

ländischen Gruben wenden. Diese berücksichtigten naturgemäß zunächst ihre bisherigen Kunden. — Die sächsische Produktion beziffert sich auf 6—8 Millionen Tonnen, die böhmische Einfuhr 1899 auf 8,6 Millionen. Diese geht teils nach Bayern, teils nach Norddeutschland. In Berlin allein werden 800 000 Tonnen böhmischer Briquets verbraucht. Daß infolge des Ausfalls einer so bedeutenden Zufuhr während einer bestimmten Zeit und in einem eng umgrenzten Gebiet innerhalb dieses Gebiets Notstände entstanden, darüber kann man sich nicht wundern. Unter solchen Umständen war es Aufgabe der inländischen Kohlenproduktion, alles aufzubieten, um den Ausfall zu ersetzen, und das hat sie — ich muß das offen anerkennen — redlich und mit allen Kräften gethan. Es sind über 10 Millionen Tonnen in diesem Jahr mehr gefördert und dem Konsum zugeführt worden.

Nun einiges über die Höhe der Preise. Man muß unterscheiden zwischen Gruben- und Großhändler-Preisen einerseits und den Preisen der Zwischen- und Kleinhandeler andererseits. Daß diese letzten bedeutend höher stehen, ist selbstverständlich. In der That sind die Kohlen in vielen Gegenden über das Maß eines angemessenen verhältnismäßigen Gewinns bis zu wucherischer Höhe gestiegen. Zunächst natürlich in den Gegenden, die von der Zufuhr ausländischer Kohle abgeschlossen, ferner in den großen Industriegebieten, eigentümlicherweise auch in aller nächster Nähe der Gruben. Es ist bekanntlich Gewohnheit der Grubenbesitzer, in ihrer aller nächsten Nähe an die Konsumenten direkt Kohlen abzugeben, und nun ist beobachtet worden, daß die Händler, speziell in Oberschlesien, Fuhrleute für sich engagiert haben, die die Kohlen direkt nach den Bahngelassen wegführen, wo diese dann in entferntere Gegenden, sogar ins Ausland verladen wurden. Auf diese Weise sind in Oberschlesien 300 000 Tonnen dem Gebiet in der Nähe der Gruben entzogen worden. Wie sollte man das verhindern? Auf den Gruben wußte man ja gar nicht, wohin die Kohlen gingen. Der Herr Eisenbahnminister erklärte mir, er könnte dagegen auch nichts thun.

Die thatsächlich vorhandene wucherische Uebersteigerung der Kohlen ist nun nicht unweilentlich auch dadurch gesteigert worden, daß infolge der Zeitungsnachrichten über die Kohlennot eine Panik eintrat, daß sich jeder möglichst schnell mit Kohlen zu versorgen suchte. — Was nun die Kohlenpreise selbst anlangt, so haben sich weder an der Ruhr, noch an der Saar, noch in Oberschlesien die Gruben- und Großhändlerpreise um nicht mehr als 2,50—2,60 M. pro Tonne gesteigert. Wenn man dagegen die Steigerung der Preise im Ausland betrachtet, so muß zugegeben werden, daß die inländischen Preise das gebührende Maß nicht überschritten haben. In England betrug die Steigerung bei einer Kohlenforte 1898/99 8 Sh., für eine andre 20 Sh. usw., in Böhmen für Braunkohle 1899 4,50 M. und stieg 1900 auf 8 M. Allerdings sind beim Klein- und Zwischenhandel die Preise über das gebührende Maß hinausgegangen.

Nun erhebt sich die Frage, was ist solchen unerwünschten Zuständen gegenüber zu thun? Es handelt sich bei der Abhilfe zunächst um die Steigerung der Produktion, dann um Einschränkung der Ausfuhr, drittens um Einschränkung des Kleinhandels, dadurch, daß man die Kohlen in größerer Menge den Konsumenten direkt zuführt, und viertens um die Kontrolle des Zwischenhandels. Zunächst ist die Produktion in diesem Jahre auf über 100 Mill. gestiegen, d. h. um 10 Proz., und nach den von mir angefertigten Erhebungen steht es fest, daß die Steigerung auch in Zukunft 7,8 Millionen in der Durchschnitt erreicht wird, zumal da 72 Kuanlagen in preussischen Gruben begriffen sind, die sämtlich im Laufe der nächsten vier bis fünf Jahre zur Förderung kommen.

Zweitens die Frage der Beschränkung der Ausfuhr. Da muß ich zunächst konstatieren, daß die Ausfuhr allerdings in diesem Jahr nicht unbedeutend zugenommen hat, wenigstens in den letzten 10 Monaten, im Jahr 1899 um 1 Million. Es sind eingeführt 1899 12,8 Millionen, ausgeführt 13,8 Millionen; im Lauf dieses Jahres eingeführt 13 Millionen, ausgeführt 10,6 Millionen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Einfuhr fremder Kohle während mehrerer Monate aufgehört hatte. Also ist die Steigerung gar nicht so bedrohlich. Ist es da nun angebracht, mit einem Einfuhr- oder Ausfuhr-Verbot vorzugehen? Ich kann das nicht für richtig halten. Die Produktionsgebiete sind im In- wie im Auslande so gelegen, daß wir, wenn der Vertrieb der Kohle rationell stattdessen soll, er sich nicht auf das Inland beschränken kann. Die ober-schlesischen Gruben, die an der Ruhr liegen dicht an der Grenze, die englischen dicht an der Küste. Wenn keine englische, keine böhmische Kohle mehr herein kommt, so würde die Kohlenversorgung ganz unvorteilhaft vor sich gehen. Wapert verlor sich jetzt vorzugsweise mit böhmischer Kohle, sollte es keine Kohlen vom Ruhrgebiet oder von der Saar beziehen, und die schwereren Frachtsätze tragen, so würde es uns wenig dankbar sein. Ich glaube also, es wäre wirtschaftlich verfehlt, wenn man Ausfuhrverbote eintreten lassen würde. Dasselbe gilt auch für die Ausfuhrzölle. Zur Frage der Einschränkung des Kleinhandels meine ich, daß der Kohlenhandel für die Gruben nicht zu entbehren ist. Das hängt mit der Eigenart der Kohlenbetriebe zusammen. Der ganze Kohlenbetrieb ist schon vorher für das ganze Jahr geregelt. Es ist nun natürlich, daß die Händler, die verdienen wollen, häufig den Bedarf überschätzen. In der Regel tritt das Gegenteil von Kohlemangel auf diese Weise ein. Bei der Kohlen-Abundanz, die viel häufiger vorkommt, ist es geboten, daß die Kohle in ihrer Hauptmasse von der Grube in den Eisenbahnwagen geklopft wird, und von da an Ort und Stelle. Eine Lagerung verursacht Kosten. Der Handel hat die Aufgabe, die Gruben auszuladen und Angebot und Nachfrage zu regeln und größere Verträge abzuschließen. Es sind also erhebliche Verdienste, die der Handel sich um die Entwicklung der Kohlenproduktion erwirbt. Aber doch ist es erwünscht, die Kohlen soweit als möglich direkt in die Hände der Konsumenten zu bringen. Ich halte eine verständige Organisation der Käufer und Verkäufer für wünschenswert, weil dadurch ein geregelter Preis erzielt wird. Der Zusammenschluß der Verkäufer hat es zu Wege gebracht, daß die Preise im Inland in den letzten Jahren viel ruhiger waren, als im Ausland. Auch für eine Organisation der Käufer bin ich. Aber die Unterbringung der Kohlen ist häufig für Genossenschaften nicht gerade leicht, da die persönlichen Vorurteile hier auch mitprechen. Ich habe mich entschlossen, einen bestimmten Betrag von Kohlen zu reservieren, sie dem Handel zu streichen (Sehr gut! rechts) und sie den Genossenschaften zu gute kommen zu lassen. Bewährt sich das, dann werde ich weiter gehen. Aber ich kann nur etappenweise vorgehen.

Viertens wurde vorgeschlagen, den Zwischenhandel zu kontrollieren. In der Beziehung sind schon Versuche gemacht worden, so am Rhein beispielsweise. Es ist das aber sehr schwer, da das eine Mal die Kosten für Lagerung größer sind und das andre Mal kleiner, je nach der Zeit, die die Kohlen lagern. Da ist denn das Syndikat auf den Ausweg gekommen, festzustellen, daß die Händler, die zu große Gewinne sich sichern, abgeschlossen werden sollen. Die Handelskammern sollen aber die zu hohen Gewinne entscheiden. Das ist ein Versuch, aber man kann ihn ja machen. Es wäre vielleicht wünschenswert, Stellen zu gründen, bei der die Beschwerden einzulassen und die dann die Ausschaltung der betreffenden Händler vorzunehmen. Ich habe nicht unterlassen, einen derartigen Vorschlag in Oberschlesien zu machen. Goffentlich haben meine Worte dazu beigetragen, in den Kreisen der Bevölkerung Verwirrung und Vertrauen zur Regierung herzustellen.

Eisenbahnminister Thiel:

Solange es Eisenbahnen giebt, hat es auch Kohlenausfuhr-Tarife gegeben für diejenigen Eisenbahnen, die Kohlenproduktion innerhalb ihres Gebiets hatten. Dieser Tarif galt sowohl für private wie für

Staatsbahnen. Ganz natürlich, sie waren davon überzeugt, daß sie dabei nicht nur ihre eignen finanziellen Interessen wahren, sondern auch dadurch beitragen, die Kohlenproduktion des Landes erheblich zu fördern. Auf der anderen Seite ist es von jeher als eine Aufgabe von Privat- und Staatsbahnen betrachtet worden, eine künstliche Stabilität in der Beförderung dieses wichtigsten Artikels herbeizuführen. Das ist auch von den verschiedenen Eisenbahnleitungen als ihre Aufgabe betrachtet worden. Ermäßigte Ausfuhrtarife bestehen nach einzelnen Stationen hin, aber nur in ganz geringer Höhe. So giebt es nach einzelnen Teilen von Böhmen eine Ermäßigung von 85 Pf. pro Tonne, nach einer einzigen Station aus ganz besondern Gründen eine solche von 85 Pf. Was die Ausfuhrtarife für das Ruhr- und Saargebiet anlangt, so hat man bei den letzten Etats-Verhandlungen im Reichstag behauptet, das Saar-Gebiet verlaufe nach der Schweiz und Italien erheblich billiger als im Inland. Beides ist nicht richtig. Die Ausfuhr nach Italien ist überhaupt sehr gering, sie betrug 1896 nur 36 000 Tonnen. Wir hätten sie gern im Interesse unserer heimatischen Produktion, und auch, um unren Einkauf auf die Gotthard-Bahn zu verstärken, vergrößert; allein das war nicht möglich. Die Gotthard-Bahn ist bekanntlich mit deutschen Subsidien gebaut worden. Sie sollte in erster Linie deutschen Interessen dienen und die deutsche Ausfuhr fördern. Daher wurden Tarifermäßigungen vorgezogen, und diese Ermäßigungen hat die Bahn ihrerseits bemüht, um auf Grund derselben ihre Dienstkosten zu befördern. Diese Konzeptionen müßten wir machen. Die Schweiz hat keine Ermäßigungen, außer auf den Stationen, wo die Gotthard-Bahn Ermäßigungen genießt. Nach Frankreich bestehen Ausfuhrtarife von der Saar und von der Ruhr. Die Saar hat das dringende Interesse an diesen Ausfuhr-Tarifen, weil sie einen großen Teil ihrer geringwertigen Kohle nach Frankreich sendet. Die Ruhr ist beteiligt mit kleinen Quantitäten Coals für die französischen Hochöfen dicht an der Grenze. Wenn ich das Facit heraus ziehen soll, so geht meine feste Ueberzeugung dahin, daß die Aufhebung der Ausfuhrtarife niemand nützen, dagegen weite Kreise auf das empfindlichste schädigen würde.

Auf den Antrag des Abg. Frigen (Centrum) wird einstimmig Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Hilka (natl.):

Das Syndikat ist hier von Herrn Dr. Heim sehr angegriffen worden, zum Teil mit Recht, denn auch in Schlesien und im Saar-Gebiet sind die Preise gestiegen ohne die Mitwirkung des Syndikats. Auch in England sind ja die Kohlenpreise noch viel mehr gestiegen, als in Deutschland. Die Preissteigerung muß also noch andre Ursachen haben. Die Produktion in Westfalen ist in den letzten Jahren ganz unvorteilhaft gegen frühere Jahre gestiegen worden. Es ist nicht richtig, daß das Syndikat der Förderung bestimmter Zeichen Einhalt geboten hat. Das Syndikat bestimmt die Leistung der Zeichen ganz genau nach der Förderungs-möglichkeit und eine ganze Anzahl Zeichen hat das verlangte Quantum gar nicht liefern können. Auch der Vorwurf, daß das Kohlen Syndikat im Ausland billiger verkaufe, ist erhoben worden. Wäre er richtig, so entspräche ein solches Verfahren nur allgemein gültigen kaufmännischen Grundsätzen. Die Preise in den Niederlanden und Belgien bestimmen das westfälische Syndikat nicht, es muß eventuell im Preise nachlassen und es ist besser, dieser Fall tritt ein, als daß Arbeiter entlassen werden und die Förderung verringert wird. Die Eisenbahntarife sind nicht schuld an der Ausfuhr nach Holland. Schon ehe die erste Eisenbahn gebaut war, schwammen die Kohlenlähne den Rhein hinunter. Die Kohlennot ist durch den gesteigerten Verbrauch in der Eisenindustrie hervorgerufen worden. Grade diesen Auffschwung hat die Eisenindustrie dem Syndikat und dem von ihm auf längere Zeit festgesetzten Preise mit zu verdanken. Diese festen Preise gaben der Eisenindustrie die Sicherheit. (Sehr richtig! b. d. Nationalliberalen.) Daß die Preise enorm gestiegen sind, steht fest. Daß daran nicht die Syndikate, sondern die Zwischenhändler schuld sind, geht ja schon aus den Worten des Herrn Vordredners hervor. Die Syndikate gehen nun gegen diese Herren vor. Es sind z. B. durch die Handelskammer in Essen schon zwei Händler ausgeschlossen worden. Ich gebe zu, daß die Syndikate hin und wieder an einzelne Händler zu große Mengen Kohlen gegeben haben. Aber bei solchen Mengen, wo es sich um Millionen von Tonnen handelt, kann man, wie wohl jeder einsehen muß, den Zwischenhandel absolut nicht entbehren. Die Hauptsache ist, daß ihm das Syndikat sehr auf die Finger paßt. An der Hand einer Tabelle laßt der Redner im weiteren nachzuweisen, daß die Löhne für die Bergarbeiter seit 1889 um 10 Prozent mehr gestiegen sind als die Kohlenpreise. Auch im Jahre 1900 hat sich die Steigerung im selben Maße fortgesetzt. Also sind die Selbstkosten mehr gestiegen als der Verkaufspreis. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Dazu kommt, daß noch Ausgaben zum Wohle der Arbeiter gemacht worden sind. Die Arbeiterwohnungen sind verbessert worden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ja, meine Herren, es ist so, kommen Sie nur in meine Gegend. Ich werde Ihnen Thür und Thor öffnen und Sie werden sich mit mir über die Wohnungen freuen. (Fortgesetzte Anrede und Gelächter bei den Socialdemokraten.) Sehr gestiegen sind ferner die Anforderungen an Maßnahmen zur Sicherung und Gesundheit der Arbeiter in den Betrieben. Redner sucht bes weiteren in längerem Ausführungen, die im einzelnen unverständlich bleiben, zahlenmäßig nachzuweisen, daß der Verdienst der Bergwerke bei den Förderungen ein sehr geringer sei. Einzelne Gewerkschaften sollen auf jede geförderte Tonne nur 0,77 Mark verdienen.

Wenn Sie keine Kohlennot haben wollen, dann sorgen Sie dafür, daß Sie neben den Eisenbahnen auch Wasserstraßen haben. (Hört! rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Die Rede des Herrn Heim war eine Anklage gegen das Kohlen-Syndikat, die des Herrn Vordredners eine Verteidigung desselben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Klagen kommen aber nicht allein aus Westfalen, sie kommen auch aus dem Saargebiet und aus Schlesien. Die Kohlenfrage interessiert ganz Deutschland. Ich bedauere, daß man seitens der preussischen Regierung, als die ersten Klagen aufkamen, so zurückhaltend war. Man hat sich auf eine kurze Erklärung in der Berliner und der Schweidnitzer Korrespondenz im September beschränkt. Wenn der Herr Minister damals so ausführlich gesprochen hätte wie heute, dann wäre das, was er mit Recht Panik nennt, vermieden worden. (Sehr richtig! links.) Es wäre sehr wünschenswert, wenn mehr statistisches Material über die Kohlenproduktion geliefert würde. Jetzt sieht das eine, daß das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich verschoben hat. Die Nachfrage hat sich gesteigert infolge der erhöhten Anforderungen der Eisenindustrie, infolge des letzten harten Winters und durch den Transoatlantik. Nebenbei sind auch 40 000 Tonnen nach Sibirien gegangen. Das Angebot hat sich vermindert durch die Streiks in Böhmen und Sachsen, und zum andern Teil vermehrt durch 10 Proz. Produktionssteigerung. Dieses ist aber nicht ausreichend gegenüber der erhöhten Nachfrage. Was nun die Maßnahmen gegen die Kohlensteigerung anlangt, so stellt der Handelsminister an die Spitze die Erhöhung der Produktion. Es sind aber in der „Schlesischen Zeitung“ Vorwürfe erhoben worden dahingehend, daß 1/3 des schlesischen Kohlengebietes noch ungebaut sind und daß der Fiskus noch soviel unbedeutende Kohlenfelder hat, wie der ganze Kohlenbergbau, der augenblicklich im Abbau begriffen ist. (Hört! hört!) Auch soll z. B. der Fürst v. Pleß kolossale Kohlenfelder von riesigem Umfange besitzen, die er ungebaut läßt, daß auch die Maßnahmen der Bergpolizei den Abbau zum Teil verhindern infolge der Vorschriften zum Quecksilber. Was die einzelnen Maßnahmen der preussischen Regierung anlangt, so ist man sich wohl darüber einig, daß sie praktisch keine Bedeutung ge-



### III. Wahlkreis.

Freitag, den 7. Dezember 1900, abends 8 Uhr, im Lokale  
Buggenhagen, Moritzplatz:

## Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wolfgang Heine** über: „Aufgaben und Kämpfe der Sozialdemokratie im Reichstage.“
2. Diskussion.

Zahlreiche Besuche erwartet.

Der Vertrauensmann.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 1/4 Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlungen

Süden: bei **Krieger**, Wasserthorstraße 68.

Tages-Ordnung:

1. Unser Verhalten zu den Uebersunden.
2. Bericht der Kommission.
3. Verhandlungsangelegenheiten.

In dieser Versammlung sind die Kollegen aus folgenden Werkstätten eingeladen: Strigge, Köpcke, Köpcke, Wasserthorstraße 68; B. S. W. L. S., Seydelstr. 25; Schreiber, Wasserthorstraße 19; Welles, Engel-Ufer 10.

Südosten: bei **C. Behrend**, Mantuffelstr. 95.

Tages-Ordnung:

1. Werkstattangelegenheiten.
  2. Verschiedenes.
- Hierzu sind die Kollegen der Werkstätten von **Trempenau**, Rudolfsstraße 34; **Witt**, Rudolfsstr. 34; **Linke**, Mantuffelstraße 13; **Reber**, Mantuffelstr. 66/67; **Dehm**, Raumannstr. 5; **Müller**, Eisenbahnstraße 12; **Kur**, Eisenbahnstr. 11; **Schäpe**, Stallerstraße 10; **Bukat**, Weidberg, Quersstr. 46; und **Palme**, in Adalbertstraße 20 besonders, sowie **Schröpp** u. **Ritter**, Elisabeth-Ufer 5/6 auch eingeladen.

Osten und Nordosten: bei **Mann**, Straußbergerstr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kontrollkommission.
2. Werkstattangelegenheiten.
3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei **Wernau**, Schwedterstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission.
2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei **Herrn Raabe**, Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission.
2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Vertrauensmänner der Möbelbranche werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Moabit: im Lokale des **Herrn Jocksch**, Turmstr. 84.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission.
2. Verschiedenes.

Westen und Süd-Westen: in **Habels Brauerei**, Bergmannstr. 5-7.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission.
2. Werkstattangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Modell- und Fabrikmaschinen, sowie Modelldrehler

bei **Dieke**, Alsterstraße 123.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission.
2. Werkstattangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Kollegen werden dringend ersucht, in ihren Werkstätten Vertrauensmänner zu wählen und dieselben aufzufordern, in den Vertrauensmänner-Sitzungen zu erscheinen.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter

bei **Herrn Nowack**, Mantuffelstr. 9.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

**Drechsler.**

Ost und Nord-Ost: Köpenickerstr. 41 bei **Matthes**.

Norden: Brunnenstraße 150 bei **Neumann**.

Süd-Ost und Süd-West: Admiralstraße 18c bei **Höhring**.

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Jede Werkstatt muß vertreten sein.

**Achtung Parkettbodenleger!**

Dienstag, den 4. Dezember 1900, abends 6 Uhr.

bei **Herrn Frick**, Charlottenburg, Stolmann- und Göttestraßen-Ecke:

**Kommissionssitzung mit Vertrauensleuten.**

Die Kollegen der Firma **Wittig** und der Kollege **Rennewitz** sind hiermit eingeladen. Sämtliche Kollegen haben ihre Verbandsbücher mitzubringen. Es ist Pflicht aller eingeladenen Kollegen, zu erscheinen.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 358.

Dienstag, den 4. Dezember, abends 8 1/4 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15:

## Versammlung der Mechaniker, Optiker und Uhrmacher.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **H. Nister** über: „Wirtschafts- und Weltuntergang.“
2. Diskussion.
3. Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Verhältnisse in verschiedenen Werkstätten.
4. Reumahl der Agitationskommission.
5. Verbandsangelegenheiten.

Angesichts der außerordentlich wichtigen Tagesordnung ersuchen wir die Kollegen, zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

## Lichtenberg. Friedrichsberg.

Mittwoch, den 5. Dezember, abends 8 Uhr.

im Lokal des **Herrn Köstlich** (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120:

## Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Aus dem Reichstage — Um 153 Millionen Mark — Um 12 000 Mark.
- Referent: Reichstags-Abgeordneter **G. Lebedour**.
2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vertrauensmann.

## Berichtigung.

Die Speisewagen der Großen Berliner Centralbahn verkehren nicht, wie es irrtümlich in dem Inserat in der Sonntagsnummer heißt, mittags von 11-12 Uhr, sondern von 11-2 Uhr.

**Achtung!**

# MAURER.

**Achtung!**

(Vertrauensmänner - Centralisation.)

Mittwoch, den 5. Dezember 1900, abends 8 Uhr, bei **Stoebert**, Andreadstraße 21:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Dr. Weyl** über: „Krankens- und Unfallversicherung.“
2. Diskussion.
3. Beschlussfassung über den Endtermin der diesjährigen Sammlungen zum Streik- und Agitationsfonds.
4. Verbandsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, rechtzeitig zu erscheinen, da die Versammlung punkt 8 Uhr eröffnet wird. D. D.

## Arbeitervertreter-Verein.

Am Donnerstag, den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Segitz** über: „Arbeiter-Sekretariate.“
2. Diskussion.
3. Die Ergänzungswahlen zu den Schiedsgerichten der Arbeiterversicherung, die durch das neue Unfallversicherungsgesetz bedingt werden.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand. J. H.: Ed. Warnat, Schriftführer.

## Achtung! Luxuspapier-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

heute, Dienstag, den 4. Dezember 1900, abends 8 Uhr:

## Gr. öffentliche Versammlung aller in Luxuspapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a.

Der Einberufer.

## Vortrag

von **Friedrich Naumann**, Pfarrer a. D.

heute, Dienstag, abends 8 Uhr in der Pöhlharmonie (Vernburgerstraße):

## Die Politik des Socialismus.

Nach dem Vortrag zwanglose Aussprache!

Rumerierter Platz 2 Mark, einfacher Sitzplatz 1 Mark.

279/16

Teile allen Freunden und Bekannten hierdurch mit, daß ich das bekannte Restaurant Seydelstraße 30 neu eröffnet habe. Empfehle meine Vereinszimmer von 20-60 Personen zu Sitzungen und Festlichkeiten jeder Art. Kegeltisch, franz. Billard. Fernsprecher: Amt I, 4066. Angenehmer Familienaufenthalt.

**W. Thiede**, Seydelstr. 30.

## Aug. Stein

## Gold- und Silberwaren

Berlin SO. 177 Oranienstrasse 177. Ecke Adalbertstr.

## Weihnachts-Geschenke.

Lange Damen-Uhrketten, Herren-Uhrketten von 2 R. an.

Boutons, Broschen, Herzchen, Goldketten, Perlen.

Trankringe, gefällig gestempelt 900, 1 Dufaten 10 R., 2 Dufaten 20 R.

Wäffel, Silberwaren vom billigsten bis feinsten Genre.

Jeder Gegenstand ist mit deutlich lesbarem Preise ausgezeichnet. 12706

## Syrup Pagliano

vom **Prof. Girolamo Pagliano** via Paudolfini 18

## Florenz.

Für Bestellungen und Erkundigungen wende man sich an obige Adresse, sowie an alle Apotheken, und hüte sich vor Fälschungen und Nachahmungen.

Jede Flasche oder Schachtel soll die eingeschriebene Fabrikmarke tragen, bestehend aus hellblauen Zeichnungen und durchgezogen in schwarz von der Unterschrift: 44/19

*Girolamo Pagliano*

Sendungen werden von der Niederlage in München franco nach ganz Deutschland abgeliefert.

## Möbel und Polsterwaren.

Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz**, Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung!

**Zähne 2 M.,** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 Mk. Plomben 1,50 Mk. Teilzahlung wöchentlich. 1 Mk. Zahn-Arzt **Wolf**, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Begründung des Geschäfts 1878.

## M. Schulmeister

en gros Schneidermelster en detail 56948

## Dresdenerstraße 4, am Kottbusser Thor.

## Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

Herbst- und Winter-Paletots in Gdimo, Cheviot und Primmer von 16,50-42 Mk.

Gehrock-Anzüge . . . von Mk. 27 an

Rock-Anzüge . . . . . 23

Jackett-Anzüge . . . . . 15

Beinkleider . . . . . 5

Winter-Joppen . . . von Mk. 5 an

Schlafrocke . . . . . 8,50

Jünglings-Anzüge . . . 12

Knaben-Joppen, einzelne Hosen.

Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.

Streng reelle Bedienung.

Zur gef. Kenntnisnahme. 296L\*

## Teppich-Specialhaus

**Emil Lefèvre**

**BERLIN S. Oranienstr. 158.**

Meine werten auswärtigen Kunden bitte im eigenen Interesse eine möglichst frühzeitige Bestellung Ihrer für Weihnachtsgeschenke bestimmten Aufträge, um deren Auswahl mit gewohnter Sorgfalt treffen zu können, ausserdem später verschiedene für den Weihnachtsverkauf bestimmte Artikel vergriffen sein werden.

## Weihnachts-Katalog

(mit circa 450 Illustrationen) künstlerisch ausgestattet gratis und portofrei.

## Jede Dame lese!

Reisemäntel, auschl. Modelle. Jacken, schwarz u. farbig, v. R. 6,00 Jacken a. Edelg. verarb. v. R. 10,50

Zachalekots u. a. f. u. v. R. 7,50 Frauencape, 90-100cm l. v. R. 12,00

Uebermäntel, schwarz u. farbig v. R. 6,50

## Damen-Mäntel-Fabrik

gros Seydelstr. 2, 1 Tr. am Spittelmarkt.

Montags bis 9 Uhr, Sonntags 8-10 und 12-8 geöffnet. 2149\*

## 5 1/2 Bld. Brot 50 Pfg.

H. Albrechts Bäckerei

Drangelsstr. 9, Krausstr. 19.

Goldsteinstr. 28, Raupstr. 2.

## Bruch-Pollmann

empfehlen feine Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt. Lieferant [52992]

für Ort- und Hilfs-Krankenkassen.

Berlin C.

30. Finien-Straße 30.

## Einzel- von Uhren u. Goldwaren zu Fabrik-Preisen.

**C. Giesen**, Dranienstr. 165a, Oranienplatz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Proz. Rabatt.

Patent-Geschenke.

## Rote + Lose

Ziehung in Berlin vom 17.-21. Dezember 1900. [104/4]

Haupttreffer: 100 000, 50 000 etc. Mk. bar.

Originallosse Mk. 3,30. Porto u. Liste 30 Pf. extra. Ausland 60 Pf.

Berlin W., **Peter Loewe**, Marburgerstr. 7.

Telegr.-Adr.: **Glückspeter** Berlin.

## Charlottenburg!

Uhrmacher **Kunsmann**, Wallstrasse 1.

Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. [5624L]

## J. Brünn

(Bahnhof Börse) **Jackwer** Markt Nr. 4.

Billige Weihnachts-Geschenke.

Nach beendeter Engros-Saison gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner

**Teppiche! Gardinen!**

**Stepdecken! Portieren!**

zu außergewöhnlich billigen Preisen zum

**Ansverkauf!**

Einzelne fehlerhafte Exemplare

für die Hälfte des Wertes.

## Herrn

Geliebte, elegante Ausföhrung

tadelloser Sitz, werden bei nur geringer Teilzahlung vergeben.

**J. Kurzberg**,

**NO., Landsbergerstr. 18,**

55709\* part. (kein Baden).

Freunden eines wirklich guten und sehr wohlbekanntlichen Traubenweins empfehle ich meinen garantierten

unverfälschten [44/1]

**1898er Rotwein.**

Derselbe kostet in Fässern v. 30 Utr. an

58 Pfg. pr. Utr.

u. in Abfüllen von 12 Utr. an 60 Pfg. pr. Utr.

von ca. 1/4 Utr. Inhalt einfl. Glas.

Als Probe versende ich auch 2 Utr. mehr ausführl. Preisliste per Post.

Zahlreiche Anerkennungen liegen vor.

**Carl Th. Oehmen**, Obleute a. Rh. Weinbergstr. 4 u. Weinhandl.

Das [2812]

## Riesen-Stofflager

**Krausenstr. 14 I. Etage,**

fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz:

Hochlegante Winterpaletots für 36 M.

Hochlegante Anzüge für 30 M.

Hochfeine Beinkleider für 10-12 M.

## Café Schurig,

**Dresdenerstr. 128,**

- nahe Kottbusser Thor. - Kaffee 15, Bier 10; ca. 50 höchste u. auswärtige

Beitungen; zwei Billards (Berlin), Stunde 40 Pf. Zahlstelle Breit Volkshaus.

# A. Jandorf & Co.

C. Spittelmarkt 16/17 \* SW. Leipzigerstrasse 64 \* SW. Belle-Alliancestrasse 1/2.

## Glas.

Kompotteller, gepresst, Stück	5 Pf.	Sturzflaschen mit Schiff	45 Pf.
Kompotteller, gepresst, Stück	8, 15, 20, 25, 42	Käseglocken mit Schiff	48
Fruchtschalen, Rococo, Stück	17	Kristall-Weingläser	15
Fruchtschalen mit Fuss	62, 85	Kristall-Madeiragläser	12
Zuckerschalen, gepresst, mit Fuss	17, 23	Kristall-Likörgläser	10
Citronenpressen mit Ausguss	12	Kristall-Bowlengläser	17

## Porzellan.

Kaffeetassen	8 Pf.	Kaffeetassen mit Weihnachtsbild	12 Pf.
Kaffeekannen	20, 25	Kinder-Ess-Service decoriert	75
Kaffeetassen mit Goldrand	20, 25	Kaffeetassen bunt, f. 2 Pers.	125, 165
Kaffeetassen, bunt, m. Gold	15, 25	Kaffeetassen, 8 Teile, f. 6 Pers.	225, 275
Eierservice mit Tablett	35	Kaffeetassen, 9 Teile, für 6 Pers.	335
Pfoster- und Salzmenagen mit Tablett	38	Thonwandteller mit Bild und Landschaft	33

## Porzellan-Tafelgeschirr mit Goldrand!

Speiseteller, flach und tief	33 Pf.	Bratenschüsseln, rund	155 Pf.	Saucières	120, 160 Pf.
Dessertteller	20, 23	Bratenschüsseln, oval	90, 110, 160, 240, 360	Kompottschalen	48, 80, 125
Kompotteller	17	Suppenterrinen	285, 450	Senfgefäss	75
Grätenteller	15	Kartoffelschüssel mit Deckel	155, 245	Butterdosen mit Stülpedeckel	135

Neu angekommen!

## Ca. 10000 Kilo Emaille

Neu angekommen!

gelangen diese Woche zu **Ausnahmepreisen** zum Verkauf. Es sind vorwiegend vorhanden:  
Kaffeekannen aus einem Stück, Teller, Schüsseln, Reiben, Müllschippen, Waschgarnituren, Nachtgeschirre.

## Wirtschafts-Artikel.

Kaffeebretter, vernickelt, viereckig	ca. 15 25 38 36 cm. 10, 45, 55, 85 Pf.	Geléedose mit Löffel und vernickeltem Deckel	45 Pf.
Kaffeebretter, vernickelt, oval	ca. 20 30 32 35 cm. 28, 45, 50, 70 Pf.	Flaschenkorke mit vernickeltem Beschlag	13
Kaffeebretter, echt Eiche, mit vernickeltem Beschlag	ca. 41 46 51 cm. 145, 180, 210 Pf.	Brotkästen	95, 135, 165, 200 Pf.
Anfragebretter, echt Eiche	ca. 44 54 62 70 cm. 130, 160, 190, 225 Pf.	Müllschippen, lackiert	20
Brotkörbe, vernickelt	33, 35, 65, 85 Pf.	Gewürzschränke mit 6 Tonnen	45, 48
Butterdose mit vernickeltem Deckel	38	Küchenrahmen, gross	195
		Fleischklopfer, Ahorn	15, 18

## Schlittschuhe.

Schraubenschlittschuh mit Riemen	50 Pf.	Merkur	165 Pf., vernickelt 275 Pf.
Schraubenschlittschuh, vernickelt	95	Merkur, neu konisch, vernickelt	500

## Ofenvorsetzer und Schirmständer in grosser Auswahl.

Um dem **Massen-Andrang**, der sich in unseren Waarenhäusern in den Nachmittagsstunden entwickelt, zu begegnen, haben wir uns entschlossen, von Dienstag, den 4. December a. c., bis Sonnabend, den 8. December a. c., denjenigen Käufern, die in den

Vormittagsstunden von: **8 Uhr bis präzise 12 Uhr**

ihre Einkäufe besorgen,

# Gratis-Visit-Photographien

bei einem Gesamteinkauf von:

<b>5</b> Mark	<b>10</b> Mark	<b>15</b> Mark	<b>20</b> Mark
1/4 Dtzd.	1/2 Dtzd.	3/4 Dtzd.	1 Dtzd.

zu liefern. -- Bei Bezahlung bitten wir an der betreffenden Zahl-Casse einen **Photographie-Bon** zu verlangen.

Trotz dieser ausserordentlichen Vergünstigung bleibt unser beliebtes **Rabatt-Spar-System** in Kraft.

**Lokales.**

**Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle, Alexandrinenstr. 26** im Gartenhaus, über deren erfreuliche Entwicklung wir kürzlich berichteten, hat dem Publikum der Lesehalle zwei neue Wissensgebiete, die **Biographie** und **Gewerbekunde**, eröffnet. Bei der starken Benutzung des Instituts durch gewerbliche Arbeiter läßt sich erwarten, daß beide Abteilungen, namentlich die technologische, viel in Anspruch genommen sein werden; denn das Studium und die Kenntnis derartiger Werke ist geeignet, dem Arbeiter tiefere Einsicht in seinen Arbeitsprozeß und dadurch mittelbar praktische Förderung zu gewähren. Die Kataloge der neuen Abteilungen liegen in mehreren übersichtlich mit der Schreibmaschine hergestellten Exemplaren zur Benutzung aus.

Von dem Grundgedanken ausgehend, daß eine **Bücherammlung** an sich nur totes Material ist, und daß die darin enthaltenen Schätze der Menge der Leser nur durch einen wirklich guten und sachgemäßen Katalog zugänglich und nutzbar gemacht werden können, läßt die Bibliotheksverwaltung es sich angelegen sein, ihre Kataloge zu einem wirklichen Schlüssel und Leitfaden der Bibliothek, auch für unkundigere Leser, zu machen. In das alphabetisch geordnete Nachschlageregister sind die Bücher sämtlich sowohl unter dem Namen des Verfassers, als auch unter dem Hauptwort des Titels eingetragt; die gewerbliche Abteilung bringt ihre Bücher aber meist an drei oder vier Stellen. Wir haben Stichproben gemacht und die verschiedensten Industrien gleich sorgfältig behandelt gefunden.

Besonders erwähnen möchten wir das Bestreben, unter den Schlagworten der einzelnen Gewerbe auf die Aufsätze und Abhandlungen hinzuweisen, die in großen Sammelwerken nebstreut sind, wo sie sonst nur zu häufig für die praktische Benutzung verloren gehen.

Auch die Frage der **Aufführung von Werken**, die mehreren Wissensgebieten zugleich angehören, ist in diesem Katalog gut gelöst. Die Abteilung Gewerbekunde greift naturgemäß häufig in die künstlerische, medizinische, naturwissenschaftliche über. An seiner Stelle fehlen hier die Hinweise auf Bücher, die — in anderen Abteilungen eingestellt — für Leser der technologischen von Interesse sein könnten.

Wie wertvoll solche eingehende Katalogisierung ist, kann jeder ersehen, der als fleißiger Leser in die Lage kommt, sich über einen Gegenstand unterrichten zu wollen, dessen Literatur ihm nicht genau bekannt ist. Darum werden auch die Arbeiter, die in der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle die große Mehrzahl der Leser stellen, die Erschließung der neuen Abteilungen mit Freude begrüßen. Sind die populär-wissenschaftlichen Bücher immer schon viel gelesen worden, so darf man jetzt erwarten, daß die Nachfrage nach Werken aus der Abteilung „Gewerbekunde“ besonders regen wird.

Im Interesse der Bibliothek und ihrer Leser bleibt nur eins zu wünschen: daß die umfangreiche Arbeit der Katalogisierung so ungeschwächt fortgesetzt werden möge, daß wir bald einen gedruckten, verlässlichen Katalog der Bücherbestände erhalten. Ein solcher wird erst die Ausnützung des Instituts in vollem Maße ermöglichen, denn die geschriebenen, nur in den Räumen der Bibliothek einzusehenden Bücherverzeichnisse können nur als Rohstoff gelten.

**Der Verwaltungsdirektor der Charité, Stadtverordneter Spinola** ist am Sonntag im Alter von 64 Jahren plötzlich gestorben. Er litt seit längerer Zeit an Asthma und hatte deshalb um seine Pensionierung zum April nächsten Jahres gebeten. Einem Anfall dieses Leidens ist er erlegen, bevor er in den Ruhestand treten konnte.

Die Arbeiterbevölkerung Berlins wird dem Verstorbenen leider kein sehr freundliches Andenken bewahren können. Herr Spinola, der von Hause aus Jurist war und auch eine Zeit lang als Staatsanwalt fungierte, hat in der über ein Vierteljahrhundert von ihm bekleideten Stellung des Charitédirektors wenig zur Beseitigung der Mißstände gethan, die in dieser Anstalt von Alters her herrschten. Sie wurden in den auf die Krankenhausverwaltung angewiesenen Kreisen der Bevölkerung so drückend empfunden, daß es schließlich zu jenem Charitéboykott kommen mußte, der noch in aller Erinnerung sein wird.

In der Stadtverordneten-Versammlung hat Herr Spinola noch weniger segensreich gewirkt. Er hatte seinen Platz bei der äußersten Rechten und war als Führer der reaktionärsten Fraktion der Versammlung ein eifriger Förderer jeglicher Rückwärtserei. Die sozialdemokratische Fraktion hatte in ihm einen ihrer erbittertesten Gegner, doch wurde es einem oft durch ihn selber recht schwer gemacht, ihn ernst zu nehmen. Die Form, in der Spinola arbeiterfreundliche Forderungen zu bekämpfen liebte, war nicht immer ganz einwandfrei. Er hatte überhaupt eine gewisse impulsiv-impulsiv-parlamentarische Art, sich auszuäußern, die zu seinem Keusern und seiner Stellung nicht recht passen wollte. In den letzten Wochen machte er noch einmal in unliebbarer Weise von sich reden durch die Störung, die er bei der Einführung des Bürgermeisters Brinmann verursachte, indem er seinem Kerger über die von einigem Verständnis für die sozialen Aufgaben der Kommune zeugende, ihm und seinen Leuten unbedequate Ansprache Brinmanns durch Zwischenrufe Luft zu machen suchte. Das Vorkommnis wurde sehr peinlich empfunden, aber es entsprach ganz den Gepflogenheiten Spinolas.

Über den Lebensgang Spinolas ist folgendes zu berichten: Bernhard Spinola wurde am 18. Februar 1836 als der Sohn des Professors Spinola von der Tierärztlichen Hochschule zu Berlin geboren. Nach Absolvierung des Friedrich-Werderschen Gymnasiums studierte er die Rechtswissenschaften. Im Jahre 1867 wurde er Staatsanwalt, zunächst beim Kreisgericht in Kiel. Von dort kam er 1873 zum Kammergericht und erhielt zugleich die Bestallung eines Justizrats der königlichen Charité-Direktion, da diese Stellung mit dem Staatsanwaltschaftlichen Hauptamt am Kammergericht früher vereinigt war. Als im folgenden Jahre die Stellen des ärztlichen Leiters und des Verwaltungsdirektors der Charité zu gleicher Zeit frei wurden, wurde Spinola in die erstere und Spinola in die letztere berufen. Im Jahre 1876 wurde der neue Verwaltungsdirektor zum Geheimen Regierungsrat und im Mai 1888 zum Geheimen Oberregierungsrat ernannt.

Am 1. Januar 1881 trat Spinola als Vertreter des 14. Kommunalwahlkreises der ersten Abteilung in die Stadtverordneten-Versammlung ein und wurde seitdem jedesmal wiedergewählt. Sehr gut war Spinola bei Hofe angesehen, dessen Interessen an ihm einen warmen Fürsprecher fanden, wenn sie in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache kamen. Die Kaiserin wie die Großherzogin von Baden haben der Witwe des Verstorbenen Balleidirektamente gesandt. Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch von der Charité aus.

Für die **Erstattung der Waisenpflegkosten** hatte die Wasserverwaltung neue Einheitsätze festgesetzt, die über die bisher gültigen meist sehr erheblich hinausgehen. Der zur Prüfung dieser Angelegenheit eingelegte Stadtverordneten-Ausschuß hat sich in seiner Weisheit mit den Grundätzen, die die Wasserverwaltung dabei befolgt hat, nicht einverstanden erklärt. Er empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung, an den bisherigen Einheitsätzen festzuhalten.

Die „**Staatsbürger-Zeitung**“ kommt in der **Stenbergsche** abends mit „**Entscheidungen**“. U. a. veröffentlicht sie ein Schreiben, welches **Fräulein Platho** am 27. Juni an Herrn Arndt

gerichtet hat. Der Brief lautet: „Lieber Herr Arndt! Können Sie morgen früh ermitteln, ob Herr F. B. einen folgender Reichsgerichtsräte kennt und mir eben eine Empfehlung an einen derselben mitteilen? Vorl. v. Wilow, Schmalz, Wöttrich, Hofen, Wiltens, Dummreicher, Peters. — Wir sind Heißhunger für eine Unterbrechung 2 Wille zugesagt. Besten Gruß H. Platho. Oder wissen Sie einen andern?“

Das Blatt fragt, wie dieser Brief mit der Zeugnisaufgabe des Herrn Rechtsanwalt **Berthauer** übereinstimme, wonach **Fräulein Platho** rein aus Menschenfreundlichkeit Feuer und Flamme für Herrn Stenberg gewesen sei. Vermutlich kommt auch diese Sache in der Gerichtsverhandlung, die heute wieder beginnt, zur Sprache.

Daß das **Ergebnis der Volkszählung** trotz der peinlichsten Vorbereitungen keine Mängelheiten enthalten kann, geht aus folgender Thatsache hervor: Die Beamten, welche im Kriminalgericht-Gebäude Wohnung haben, d. h. zwei Kassellens, ein Kassini, zwei Wärter und zwei Hausdiener, sämtlich verheiratet, sind bei der Zählung übergegangen worden. Keiner von ihnen hat eine Pächterrolle erhalten. Ob diese Vergeßlichkeit, bei der ungefähr 50 Köpfe in Betracht kommen, noch nachträglich gut zu machen ist?

**Der Kampf um Grümenthal Nachlaß.** In dem bekannten Prozeß der Reichsbank wider **Fräulein Ella Goltz** auf Herausgabe der ihr von Grümenthal angeblich geschenkten Wertpapiere hat, wie wir seiner Zeit berichtet haben, **Fräulein Goltz**, welche in erster Instanz durch den Rechtsanwalt **Berthauer**, in zweiter Instanz durch den Rechtsanwalt **Dr. Heinemann** vertreten war, in beiden Instanzen ein obliegendes Urteil erstritten. Es ist vom Kammergericht auf einen Eid für **Fräulein Goltz** erkannt worden, nach dessen Leistung die Reichsbank verpflichtet ist, die beschlagnahmten Wertpapiere an **Fräulein Goltz** herauszugeben. Gegen dieses Urteil hat jetzt die Reichsbank Revision eingelegt. Der Termin vor dem 5. Zivilsenat des Reichsgerichts steht am 2. Februar 1901 an.

**Der gelehrte Jop.** Die medizinischen Prüfungen der Frauen scheinen noch Schwierigkeiten zu beregnen, wenn sich folgende Mitteilung der „Frauenbewegung“ bestätigt. Der Erlaß des Bundesrats vom 29. Juni, der die Zulassung der Frauen zu den medizinischen Staatsprüfungen auf Grund eines ausländischen Reisezeugnisses und einer im Ausland abgelegten Staatsprüfung dekretiert, sofern sie vor 1900 datieren, ist durch das Verbot der Universitätsbehörden in Gefahr, eine papierne Maßregel zu bleiben. Es haben sich wenigstens nach Maßgabe derselben zwei deutsche, in der Schweiz approbierte Ärztinnen im August d. Js. zu den in den Herbst stattfindenden medizinischen Prüfungen bei der Universität Berlin gemeldet, ohne bisher zur Ablegung citiert worden zu sein. Ein Student, der mit einer der Damen befreundet ist und in der Kanzlei des Rätefiskus Lösung suchte, erfährt vom Redell, daß dieser sich bei der Abweisung des derzeitigen Defizits gegen das Frauenstudium gar nicht getraue, die betr. Zulassungsbedingungen vorzulegen, sondern auf einen Antwidwechsel warte. Daraufhin sind die Herbstprüfungen vorübergegangen und die beiden Kandidatinnen haben wiederum ein halbes Jahr verloren. — Es handelt sich, wie auch und bekannt ist, um die ärztliche Vorprüfung, das sogenannte tentamen physicum, zu dem sich die beiden Damen gemeldet haben.

**Rechtsanwalt Dr. Halpert**, der Verfasser einer Broschüre über den Prozeß Stenberg, hat nach der Mitteilung der Korrespondenz-„Zeitungsdienst“ mit Rücksicht auf die Ausräumung des Staatsanwalts Braut, er habe „sein schwarzes Kleid beschmutzt“, die Disziplinar-Untersuchung gegen sich selbst beantragt.

**Eine die Privatdetektivs** betreffende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, welche in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ erwähnt wird, hat eine recht aktuelle Bedeutung. In § 35 der Gewerbe-Ordnung werden die Gewerbebetriebe aufgeführt, welche unterlagt werden können, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbebetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun. Dazu sind nach dem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts auch die sogenannten **Privatdetektivs** zu rechnen, da sie das Gewerbe eines Rechtskonsulenten im Sinne des § 35 Abs. 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung betreiben. Es komme nicht darauf an, unter welcher Bezeichnung (Privatdetektiv) die gesamte gewerbliche Beschäftigung eines solchen zusammengefaßt wird, sondern worin die letztere im einzelnen besteht. Erstreckt sie sich auf Erhebung von Geschäftsnotizen, welche unter den Begriff der Versorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Gewerben wahrnehmender Geschäfte fallen, so ist insofern auch ein Gewerbebetrieb dieser Art vorhanden. Da es unter den Leitern der Detektiv-Institute nur wenige unbescholtene Personen geben dürfte, müßte bald deren letztes Ständlein geschlossen haben, wenn sie nicht auf Auswege verfielen.

**Kaum ist die Verhandlung gegen die „Harmlosen“** beendet, so steht wieder ein neuer Spielerprozeß in Sicht. In diesem Falle handelt es sich, wie die „Allgemeine Heilsche-Zeitung“ mitteilt, nicht um gewerbmäßiges Glücksspiel, die Teilnehmer haben vielmehr zu ihrem Vergnügen gespielt. Indessen wurden dabei Summen umgelegt, die hinter denen beim Spiel der „Harmlosen“ nicht sehr zurückgeblieben sind. Hauptächlich waren es junge Söhne bekannter Berliner Persönlichkeiten, Künstler usw., die sich an dem Spiel beteiligten. Die Untersuchung richtet sich gegen den Wirt des betreffenden Cafés, in dem gespielt worden ist, wegen Duldung von Glücksspiel und ist auf die Anzeige eines Mitspielers eingeleitet.

**Eine Weihnachtswespe** ist, wie in früheren Jahren, so auch am Sonnabend im **Reppalaß**, Alexandrinenstr. 110, eröffnet worden.

**Durch Verdrößen** tödlich verunglückt ist vorgestern Abend der 14 Monate alte Knabe **Max Witzky**, der Sohn eines Schlossers aus der Sietzinerstraße. Der Knabe war seit dem Tode seiner Mutter, die im September d. J. farb, in Pflege bei den Arbeiter Winkowitschen Eheleuten in der Sietzinerstraße 44. Am Sonnabend nachmittag um 5/4 Uhr hatte Frau Winkowitsch in einem Theesessel Wasser gekocht, während der Kleine in der Küche auf dem Fußboden lag. Als eine Frau kam und sie um etwas heißes Wasser bat, das sie zum Schmecken der Treppe gebrauchen wollte, nahm sie den Theesessel und drehte sich um nach dem Eimer, in den sie das Wasser gießen wollte. Nun lösten sich zwei Rieten des Stensels, der Kessel fiel zu Boden, das kochende Wasser fiel aus und verbrühte dem Knaben die Hüfte und das rechte Bein bis zum Oberschenkel. Erst am nächsten Morgen holten die Leute einen Arzt; als er um 10 1/2 Uhr kam, war der Kleine schon tot.

**Ein aufregender Vorfall** ereignete sich gestern morgen 8 Uhr in der Adalberstr. 94, in welchem Hause das Postamt 29 sich befindet. Als die Briefträger, die im Quergebäude ihre Zimmer haben, gegen 6 Uhr morgens durch das Portal des Vorderhauses sich zum Dienst begeben wollten, sprang aus einem Fenster des dritten Stockwerks ein Mann herab. Er hing gerade auf den aus dem Portal tretenden Briefträger Bergemann auf, einem älteren Beamten, der benutzlos zusammenbrach. Die erschreckten Hausbewohner alarmierten die nahe Rettungswache in der Adalberstr., die sofort Arzt und Heilgehilfen entsandte. Der Mann, der aus dem dritten Stockwerk den Sprung getan hatte, war der 84-jährige, von seiner Frau getrennt lebende, in Schlafstelle wohnende Tischler D. Er ist, wie von seiner Umgebung mitgeteilt wurde, dem Trunk ergeben und leidet an Wahnvorstellungen. Schwerverletzt wurde er noch dem Krankenhaus am Urban geschafft. Der Briefträger Bergemann wurde nach seiner Wohnung gebracht. Er hat erhebliche Verletzungen nicht erlitten, ist jedoch infolge des fürchterlichen Schreckens dienstunfähig.

**Schwer verunglückt** ist gestern morgen auf dem Van Zeijgerstraße 60a der **Maier Karl Thieme** aus Groß-Lichterfelde. Während der Arbeit glitt er auf einem eisernen Träger aus und stürzte durch ein Glasdach ins Parterre hinunter. Im schwerverletzten Zustand wurde er zunächst nach der Unfallstation in der Kronenstr. und von da in ein Krankenhaus gebracht.

**Uebervallen und schwer mißhandelt** wurden in der Nacht zum Montag der **Schiffer Julius Hartmann** und der **Seilführer August Schreiber**, die mit ihrem Fahrzeug an der Schloßbrücke zu Charlottenburg liegen. Die beiden Männer hatten in einer Wirtschaft in der Laurogenertstraße gefessen, ohne daß sie sich um jemand oder andere sich um sie gekümmert hätten. Als sie zwischen 12 und 1 Uhr den Heimweg antraten, fielen draußen mehrere Personen ohne weiteres über sie her und schrien mit Messern auf sie ein. Schreiber erhielt einen Stich in die rechte Schulter und wurde lebensgefährlich verletzt, Hartmann wurde ein Arm durchbohrt und der Kopf mehrfach verletzt. Beide erhielten durch die Rettungswache in der Wilmersdorferstraße die erste Hilfe. Schutzmänner, die dazu kamen, nahmen mehrere Personen fest; diese bestritten jedoch, an der Mißhandlung beteiligt zu sein.

**Durch einen Sturz aus dem Fenster** verlor in der Nacht zum Montag um 11 Uhr die 35 Jahr alte Ehefrau des Pferdebahnschaffners **L. aus der Flemmingstraße**, sich zu töten. Am Sonntagabend kam ihr Mann eine Stunde später nach Hause, als er sonst zu kommen pflegte, weil er mit Kameraden zusammen gewesen war. Seine eifersüchtige Frau hatte sich in die Wohnstube eingeschlossen und ihm kein Abendbrot gemacht. Als er ihr erklärte, daß er die Thür von der Küche aus mit dem Heißsprengen werde und auch wirklich einschlug, sprang die Frau aus dem dritten Stock auf den asphaltierten Hof hinab und brach sich beide Beine.

**Im Metropol-Theater** hat am Sonnabend die Wiederanführung der Ausstattungsspiele „**Eine tolle Nacht**“ einen hitzigen Erfolg gehabt. Seine Wirkung verband das Stück dieselbe weniger den bunten Walfestlichkeiten, von dem es umgeben ist, als dem unordentlichen dritten Akt, der die Freuden und Leiden einer Berliner Polizeiwache mit übergenauer Realistik veranschaulicht. In einigen Einzelheiten mochte das Stück vor fünf Jahren besser dargefallen sein als heute; durchweg war jedoch derselbe Humor losgelassen wie damals, und an Tänzen und Ausstattungspracht wurde jetzt sogar noch ein gutes Teil mehr geleistet. Der Held des Stücks, Inspektionsverfabrikant **Pieper**, wurde diesmal von Herrn **Wander** gespielt; mit all der Unschicklichkeit, die wir an diesem Komiker gewohnt sind. Den Polizeiwachmeister gab Herr **Hummel** überaus drastisch. — Dem Ausstattungsspiel geht ein vorzügliches Spezialitätenprogramm voran.

**Die Befreiung vom Galgen**, an der so mancher arme Sänder vergeblich arbeitet, führen jetzt die beiden **Cirnoes** im Circus **Janoly** zu Schöneberg spielend in wenigen Minuten aus. Herr **Janoly** nämlich, der so fest als dritter im Bunde sich in der Konkurrenz mit den Riesenunternehmungen **Dusch** und **Schumann** hält, bietet dem Publikum ebenfalls den neuesten Trick des Kettenstrensens, und zwar mit einer neuen, die Sache erschwerenden Variante. Einer der beiden Herren **Cirnoes** läßt sich mit Handkellen, einem eisernen Hüft-, Fuß- und Halskeiser an ein aus solidem Holz gefertigtes galgenartiges Instrument anschließen, während gleichzeitig der Leib des Angeschlossenen mit Ketten umgeben wird. Zum Anschließen der Ketten und Ketten werden sogenannte Vorlegeschlüssel verwendet, die sich Herr **Cirnoes** aus dem Publikum anbedient. Jeder ist berechtigt, das von ihm mitgebrachte Schlüssel selbst anzulegen und alsdann den Schlüssel an sich zu nehmen. Ueber den Ketten wird dann ein aus Zellen und einigen Latzen gefertigtes schilderbaunartiges Gehäuse gefestigt, die Puffel spielt, und durch die dünne Leinwand hört man das Rasseln und Knoden der Ketten. Kaum nach einer halben Minute hebt sich der Vorhang noch einmal und man erblickt den Artisten schon in einer völlig andern Stellung als beim Anschluß, wenn er sich nach etwa zwei Minuten völlig hebt, steht der junge Mann frei und selbstlos, alle Schlüssel aber erweisen sich als völlig unbrauchbar und anscheinend unberührt. Am unerklärlichsten ist dabei die Thatsache, daß der Artist auch das Halbesche abzustreifen vermochte, das nach einem vorher von Unparteilichen angelegten Versuch unmöglich über den Kopf abgestreift werden kann. Der Ältere Herr **Cirnoes** erklärte humoristisch, daß er jeden nicht nur 24 Stunden, sondern auch 24 Jahre Zeit gebe, sich gleich seinem Sohne aus den eisernen Fesseln zu befreien. Trotz der angebotenen Belohnung von 5000 M. machte aber niemand den Versuch dazu. — Auch sämtliche übrigen Nummern sind des Interesses wert.

**Orgelkonzert.** Hr. **Wais Schot**, Hr. **Kath. Winkler**, Hr. **Emm** **Adler**, Hr. **Danz Tzen** (Violin), Hr. **Odor Liedt** (Gesäß) und Hr. **Walter** **Wendemann** unterhalten den **Orgelkonzert** des Musikvereins **Otto Dinkel** in der Marienkirche am Mittwoch, den 6. Dezember, mittags 12 Uhr. Der Eintritt ist frei.

**Aus den Nachbarrufen.**

**Reinickendorf.** In der letzten Sitzung der Gemeinde-Vertretung teilte der Vorsitzende mit, daß bei der Wahl zur Gemeinde-Vertretung von 1400 eingetragenen Wählern 98 Stimmen abgegeben wurden, wovon 71 Stimmen auf den Maschinenfabrikanten **Stoff** und 22 Stimmen auf den Kaufmann **Wray** entfielen. Die Parteigenossen **Reinickendorfs** hatten von einer Beteiligung an der Gemeindevertreter-Wahl abgesehen, da kein geeigneter Kandidat aufgestellt werden konnte. — In den Verhandlungen in Sachen des **Berliner Nordkanals** gab der Vorsitzende bekannt, daß das Komitee über die Ausführung des Projekts in einer Denkschrift ausführlich berichtet und zur weiteren Propaganda des Unternehmens die Gemeinde-Vertretung um Übergabe von Mitteln ersucht habe. Nach längerer Diskussion beschloß die Vertretung, dem Komitee 400 M. zu dem gedachten Zwecke zu überweisen. Ferner wurde beschlossen, das oben genannte Darlehen in Höhe von 800 000 Mark bei der **Niederbarnimer Kreis-Sparkasse** in eine laufende Schuld umzuwandeln, die mit 4 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu amortisieren ist. Da in letzterer Zeit bei dem enormen Anstieg der **Schuldlasten** fortgesetzt überfüllt sind, wird beschlossen, eine weitere Klasse bei der zweiten Gemeindefschule zum 1. April 1901 einzurichten und eine neue Lehrkraft einzustellen.

**Rowalew.** Am Sonnabend wurde der mutmaßliche Eindrehener im Schützenhaus zu Rowalew-Reinickendorf, seinem Opfer, dem **Gastwirt Eleannd** gegenübergestellt. **Siegmund** liegt im Oberlin-Krankenhaus schwer erkrankt danieder. Als Eleannd den Eindrehener erblickte, erklärte er auf das Bestimmteste, daß er derselbe sei, der auf ihn in der verhängnisvollen Nacht die drei Schüsse abgegeben habe. Der Eindrehener leugnete die That begangen zu haben.

**Versammlungen.**

**Der Centralverband der Handlungsgehilfen** hat in seiner Versammlung vom 1. Dezember folgenden Beschluß gefaßt: Der Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands ist der Meinung, daß die Darstellung des Falls **Locher-Leon**, wie sie in der Nr. 277 des „Vorwärts“ gegeben worden ist, den Thatsachen entspricht, die im Artikel gemachten Angaben ihrem sachlichen Inhalt nach richtig sind, entgegen der Erklärung in Nr. 280.

**Verein Berliner Wohnungsmieter.** Öffentliche Mieter-Versammlung am Dienstag, abends 9 1/2 Uhr, im Saale der Brunner Königsbad, Schönhauser Allee 10-11: „Die Wohnungsnot und die Verhinderung der Mieter-Versammlung“.

**Öffentliche Volksversammlung.** Am Dienstag, den 4. d. M., abends 8 1/2 Uhr, wird in der **Berliner Ressource**, Rummantentstr. 57, Herr **Rebectur** **Perlmann** einen Vortrag über „**Wohnungslage**“ die **Dienstbotenbewegung** halten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 4. Dezember. Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Opernhaus. Der Ring des Nibelungen.

URANIA \* \* \* Taubenstr. 45/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Die Weltausstellung in Paris“.

Invalidenstr. 57/62. „Die Welt der Fixsterne“ von K. Graff.

Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum. Neu: Krao, das Stündchen zwischen Reich u. Armut (lebend).

China in Berlin. Großes theatralisch-epigraphisch. Schauspiel in 11 Bildern.

Passage-Theater Unter den Linden 22. D-Vorstellung. Tägl. Auftreten Gertrude Barrison

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 165. Neu! Dahomey-Dorf. Neu! 38 wilde Weiber von der

Palast-Theater früher Fein-Palast, Burgstr. 22. Das pyramidale Programm. Neu! 8 Uhr: Neu! Der Säugling.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr: Faust. (1. Abend, der Tragödie II. Teil.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Welt in der man sich langweilt.

Central-Theater

Anfang 7 1/2 Uhr. Der Brautvater. Gelegend in 3 Akten von Adolf Hilde. Musik von S. Padbeder.

Palast - Theater

früher Fein-Palast, Burgstr. 22. Das pyramidale Programm.

Neu! 8 Uhr: Neu! Der Säugling. Poffe mit Gesang von O. Richter.

14 Riesen-Schauspielen! Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pf.

Secessionsbühne.

Alexanderstr. 10. Der Leibalte. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu allen Preisen: Die Geisha.

Thalia-Theater

Dressenerstr. 72. Heute und folgende Tage: Amor von heute. Aufführungsdirektor mit Gesang u. Tanz.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Der rechte Schlüssel. Boltzstr. in 4 Akten v. Francis Stahl.

Morgen: Auf allem. Verlangen: Leonore. Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: Kinderballett: Schneewittchen und die sieben Zwerge.

Die Vellchenprinzessin. Ein Märchenpiel mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Willy Lang.

Apollo-Theater.

Vollständig neues Specialitäten-Programm. Mile. Brescina Pariser Excentrique. Horence Esdaik. François Gerari. Milli Capell

Original-Sporting-Act und 8 Debuts. Fräulein Loreley. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 4. Dezember, abends prächtige 7 1/2 Uhr: Gr. außerordentliche Vorstellung.

Neu! Der Schlittschuh-Virtuose zu Pferde. Neu! Mons. Alfons Althoff. Neu! Zum erstenmal auf dem Continent: Rawson u. June.

Dir. Albert Schumanns neueste Originalaufführungen. Die neu engagierten Specialitäten.

CHINA.

Das größte Managen- und Wasser-schauspiel der Gegenwart. Der Schläger der Saison. Darstellendes Personal 600 Personen.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dienstag, den 4. Dezember: Henry Bender als Debit.

Eine tolle Nacht.

Große Berliner Aufführungsdirektion. Poffe in 5 Bildern von Julius Freund u. B. Mannhardt.

Brüder Pantzer. Renard. Mile. Bacha. Anfang der Specialitäten 1/8 Uhr.

Cirkus Busch

Dienstag 4. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Sports-Abend. Zum sechstenmal: Die eiserne Maske.

(Le masque de fer). Großer histor. Managen-Schauspiel in 7 Akten und 2 Hauptbildern.

600 mitwirkende Personen. 120 Pferde. I. Akt: Ludwig XIV. als Allein-herrscher.

Berliner Landpartien. Cirkus Jansly. Schöneberg, Hauptstrasse. vis-a-vis dem Rathaus.

Grand-Soirée-Gala. (Großartiges Programm.) Zum letztenmal: Brothers Hugosset.

Der Brautvater. Gelegend in 3 Akten von Adolf Hilde. Musik von S. Padbeder.

W. Noacks Theater.

HeimstraÙe 18. Kurh-Phryx. Poffe mit Gesang in 3 Akten (5 Bildern) von Wilken und Justinus.

Sanssouci

Kottbuserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nord-Sänger.

Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Nach jeder Soiree: Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische Kapellen. Gr. Theater-Vorstellung.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Soirée: Konzert.

Wedding-Park Haller-Strasse 178. Heute, Dienstag, vor dem Weihnachtsfest: Letzte große humoristische Soiree.

Original Norddeutsche Sänger. Biegler, Wolff, Hohenberg etc. Nachher: Tanz. W. Trapp.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. N. Hätt.

Theater Grand-Hotel

Alexander-Platz. Pummels Roman oder: Berliner Leben.

Marly-Schrot

feinster Kaffeezusatz. Gibt dem Kaffee eine vorzügliche Farbe u. reinen kräftigen Geschmack.

Deutsche Kaffee-Rösterer A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59

Salonteyppich

ergrößen Preisexemplar 26.00, munderhöchste Zimmerteppiche 8.00, prachtvoller Samentrümpfen 30.00.

Christbaumschmuck

Die Besen aus Laucha i. Th. versehen gold u. silberglänzenden Glas-Christbaumschmuck.

Guido Müller jun., Dtsch. Vertrauensmann, Lauscha Sachfen-Reinigen.

Jede Taschenuhr reinigt od. repariert 1.50 Mk. um. Gar. Gold. Damen-Uhren 15-100 Mk.

G. Paetzel, Wallstraße 14, nahe Spittelmarkt.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Provinz bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deusth. bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Werkzeug für Bontifcher verkauft. Genaue, Fischstraße 11, Hof 2 Treppen. 13276

Ringer-Nähmaschinen. Ringstift, Bobbin, Adler-Schnellnäher, ohne Anhängelung.

Rähmaschinen ohne Anhängelung. mit sämtlichen Apparaten, Woche 1 Mark.

Rähmaschinen ohne Anhängelung. mit sämtlichen Apparaten, Woche 1 Mark.

Gadefocher: Proffische Weimachts-gedente! Sparofcheme! Zweloch-focher 8,-.

Gierne Offen aller Systeme. Kronen, Luren, Doppelarme, sowie sämtliche Beleuchtungs-Gegenstände.

Kanarienvogel und Weiden verkauft. Sommer, Rixdorf, Panierstr. 4. 13696

Maltraftbier, blutbildend, für Blutmangel, Sparschme, Schwächliche, Gemüthsunruhe, bessere Gelbfarbe.

Kanarienvogel, keine Sänger, verkauft. Krebs, Köpplerstraße 154.

Ringsstift, Bobbin, Adler-Schnellnäher, vor- und rückwärtsnäher, ohne Anhängelung.

Damenmützen-Kaufverkauf: Jadett, Valcois, Kofimies, Capes sportbillig.

Schuhgeschäft verkauft. Alts-straße 16, Vereins-Haus. 14306

Gewer-Wäden, circa 50, billig zu verkaufen. Köpplerstraße 5, Hof, Quer-gäßchen rechts, 1 Treppe. Georg Müller. 763

Vermischte Anzeigen. Elektrotechnik. 6. Dezember beginnt neuer Abendkursus; keine Vorlesungen erforderlich.

Unfallfassen, Lagen, Eingehen, Reklamationen. Vogler, Steglitzerstr. 65. 984

Unfallfassen, Lagen, Eingehen, Reklamationen. Vogler, Steglitzerstr. 65. 984

Rechtsbureau. Andreasstraße 63. Gewissenhafter Rechtsbeistand. 14188

Bibliofekion! Wer sich über diese ruchtlose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bibliofekion.

Kunststofferei von Frau Kofosky, SteimstraÙe 48.

Wer Stoff hat? Fertige Winterpaletots und Herrentunische mit Futter-sachen für 15; wer keinen Stoff für 30 Mark.

Möbel, gebrauchte, laßt Kömer, Sebastianstraße 81. 8845

Eisen- und Metallbruch laßt Broderick, Oepelnerstraße 16. 10762

Wädchen: Reparatur der Heiß-armee. Kleinröhrende Wädchen finden gutes und billiges Vogis, Bade-zimmer und Wohnzimmer zur freien Benutzung.

Soal und Vereinzimmer noch einige Tage frei. S. Bachula, Zeug-hofstraße 2. 712

Soal und Vereinzimmer empfiehlt Jannasch, NiesestraÙe 10. 2062

Vermietungen.

Rekonstruktion, große Wohnung, keine Regelboden, sofort oder später, billige Miete, Köpplerstraße 31. 13726

Lager Keller, trocken, Köpplerstraße 31. 14146

Schlafstellen. Ritterstraße 110 eine Schlafstelle (eigentlich für Badst.) Winterzeit I. Eine Schlafstelle vermietet. Grabert, WallstraÙenstraße 67. 7137

Arbeitsmarkt.

Blinder Schuhmacher bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück-geliefert. Wäfer, NiesestraÙe 27.

Stellengesuche. Blinden Schuhmacher bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück-geliefert. Wäfer, NiesestraÙe 27.

Verkaufsgeschäfte, selbständiger Arbeiter auf kleinere Maschinen, dauernde Arbeit, verlangt Metall-warenfabrik. Gehaltsanprüche Offerten unter Q 1 an die Expedition dieses Blatts. 1400b

Händler, Hausierer, Agenten gesucht für Besuche epochemachenden Bedürfnisartikels bei außerordent-lich hohem Gewinn. Erdmann, Oranienburgerstraße 73, 8-9 Uhr.

Rahmensneider verlangt Frucht-straÙe 63, Tischler. 1400b

Tüchtige Beschläger und Gerod-berglöbner verlangt Max Seon-hard, Schleißstraße 31. 713

Beschläger per sofort verlangt. Säuße, Goldbleichenstraße, Oranien-straße 185. 713

Tüchtige Beschläger verlangt. Waldemarstraße 15. 713

Zu Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen lösen 40 Pf. pro Zeile

Seidensticker, tüchtiger, solider Arbeiter, hoher Verdienst, dauernde Beschäftigung, verl. Curt Schott, Langestr. 78.

Achtung! Stuccateure! Gesperrt sind folgende Firmen: Dreßler, Dan Charlottenburg, Kurfürstendamm, Ecke Ruelbedstraße.

Achtung! Parkettbodenleger! Folgende Firma ist gesperrt: Görlitz-Glasen. Parkett-Fabrik. Die Kommission.